

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
für Halle und unsere unmittelbaren
Abnehmer: 25 Sgr. Durch die resp.
Post-Anstalten überall nur:
1 Thlr.

Der Courier.

Inserate für den Courier werden an-
genommen: In Leipzig in der
Buchhandlung von G. Kirchner,
Universitätsstraße, Gewandhaus Nr. 4.
In Magdeburg in der Kreuz-
schen Buchhandlung, Breiten-
weg No. 156.

Hallische
für Stadt



Zeitung
und Land.

In der Expedition des Couriers. — Redakteur Dr. Schadeberg.

N^o 137.

Halle, Mittwoch den 16. Juni
Hierzu eine Beilage.

1847.

Deutschland.

Berlin. Sitzung der Vereinigten Kurien am 7—9. Juni. Dem Vereinigten Landtage war eine königliche Proposition und eine ministerielle Denkschrift über den Bau einer Eisenbahn vorgelegt, welche Berlin mit Königsberg und die mittlern Provinzen mit den östlichen verbinden sollte. Die Bahnstrecke war auf 80 preuß. Meilen Länge ermittelt. Das Gouvernement beantragte, daß der Bau vom Staate ausgeführt, und daß die dazu erforderlichen Geldmittel durch eine Anleihe aufgebracht würden. Nach dem Gesetz sollen nun aber keine Schulden gemacht werden dürfen ohne Zuziehung und Mitgarantie der Reichsstände. Der Vereinigte Landtag als die gesetzlich vorgesehene Reichsversammlung wurde daher zugezogen, für das beabsichtigte neue Anlehn die Mitgarantie zu übernehmen. Außer der königlichen Botschaft waren aber auch fünf Petitionen aus Frankfurt a./O., Bromberg, dem deutsch-kroner Kreise und von dem Abg. Hansemann eingebracht worden. Das Material wurde der zweiten Abtheilung zur Begutachtung zugewiesen. Der Gegenstand war ein überaus wichtiger. Früher hatte die Regierung das System angenommen, den Bau der Eisenbahnen der Privatkonkurrenz zu überlassen. Unter dem Einflusse dieses Systems ist das rein büreaukratische Eisenbahngesetz vom 3. Nov. 1838 entstanden. Die nachher gemachten Erfahrungen bewogen die Regierung, ihr System dahin zu ändern, daß sie in ihrer Finanzpartie einen besondern Eisenbahnfonds gründete, um Aktiengesellschaften zu unterstützen und durch Theilnahme an den Aktienzeichnungen auch am Gewinne der Privatgesellschaften Theil zu haben. Dies war das zweite Stadium, in welches das Regierungssystem eintrat. Das dritte Stadium war die Uebernahme der Zinsengarantie bei solchen Bahnen, welche wirklich nicht ohne Hoffnung auf guten Zinsenertrag sind. Das System des Staatsbaues hatte die Regierung auch zur Zeit, als die Geldverhältnisse weniger gestört waren und der Geldmarkt ein sehr günstiger genannt werden konnte, beharrlich von sich gewiesen. Die königliche Proposition und die ministerielle Denkschrift ließen erkennen, daß das

Gouvernement das System aufzunehmen gesonnen sei, für dessen Richtigkeit und nothwendige Ausführung sich die Volksstimme bereits 10 Jahre früher entschieden hatte. Die Regierung trug jetzt selbst darauf an, die 80 Meilen große preußische Ostbahn, im Widerspruche gegen ihr früheres System, auf Staatskosten zu bauen. So interessant nun eine Beleuchtung dieser verschiedenen Phasen sein würde, welche die Regierungsansicht im Gegensatz zu den Volkserfahrungen bis jetzt durchgemacht hat, wie belehrend und zugleich ermuthigend es erscheinen würde, zu zeigen, daß die geläuterte Nationalpraxis sowohl im Politischen wie im Staatsökonomischen die gouvernementalen Ansichten so zu sagen ins Schlepptau genommen habe: so bildete doch dies in den Verhandlungen der Vereinigten Kurien eine so untergeordnete Angelegenheit, daß sie nur hin und wieder berührt, nirgends aber bestimmter artikuliert wurde. Der Hauptpunkt der ganzen Frage war die **Anleihe**. Der Bau der preußischen Ostbahn wurde zur Prinzipienfrage. Die Abtheilung, welche die Regierungsvorlagen und die Petitionsanträge zu prüfen hatte, war leichtem Fußes über die wichtigsten Gegenstände hinweggegangen. Es wird von Interesse sein, zu erfahren, aus welchen Mitgliedern die begutachtende Abtheilung bestand. Es waren folgende 3 aus dem Herrenstande: Fürst zu Lynar, Graf zu Dohna-Lauack, Graf Solms-Sonnenwalde; 5 aus der Ritterschaft: Freiherr von Mantuffel der Zweite aus dem Brandenburgischen, Freiherr von Lilien-Borg aus Westphalen, Freiherr von Friesen aus Sachsen, Landschafts-Deputirter von Gordon aus Preußen und Rittergutsbesitzer von Heyden aus Pommern; 8 aus den städtischen Deputirten, Kommerzienrath Abegg aus Danzig, Kaufmann Appelbaum aus Bromberg, Präsident der Dampfschiffahrtsgesellschaft Merckens aus Köln, Stadtrath von Difers aus Münster, Bürgermeister Kuschke, Brämer, Kaufmann Gerdnershausen aus Glogau, Bürgermeister Zimmermann und aus den Landgemeinden die 3 Schulzen Alnoch, Mül-ler und Zachau. In einer so überaus wichtigen Angelegenheit vermissen wir in der Abtheilung Männer, welche,

wie z. B. David Hansemann, die reichsten Erfahrungen über das Eisenbahnwesen besitzen und sich um dasselbe unleugbar die größten Verdienste erworben haben. Die Lückenhaftigkeit und Flüchtigkeit des Gutachtens, so wie vorzüglich die politische Einseitigkeit wird einleuchten, wenn wir darauf aufmerksam machen, daß die Abtheilung von dem Gesichtspunkte ausgeht und als eine feststehende Thatsache annimmt, es werde keine Privatgesellschaft wagen, wie es keine gewagt habe, ihre Kapitalien an diese so wenig rentirende Bahn zu wenden. Es hatte sich aber im Juli 1843 eine Gesellschaft konstituiert, deren Bedingungen folgende waren: der Staat sollte, wie bei allen andern garantirten Bahnen, sich mit $\frac{1}{7}$ des Aktienbetrages betheiligen, er sollte außerdem für die Hälfte der auf 32 Mill. gestellten Anschlagsumme die Zinsgarantie von $3\frac{1}{2}$ Prozent oder $1\frac{3}{4}$ Prozent für das Ganze leisten, so lange die Bahn nicht mehr als 2 Prozent Dividende aufbringe. Das Unternehmen scheiterte an der Langsamkeit der Regierung. Sie ordnete Untersuchungen an und zog diese bis in das Jahr 1845 hinein, wo die Geldkrise bereits im vollen Gange war. Dennoch war diese Gesellschaft noch am 23. October 1845 bereit, einen Vertrag mit dem Staat abzuschließen, aber die Regierung machte abermals Schwierigkeiten und die Gesellschaft mußte sich endlich auflösen. Die Abtheilung konnte von dem Standpunkte, auf welchen sie sich mit ihrer Befürwortung der Regierungsabsichten gestellt hatte, nicht füglich diese Thatsachen in ihr volles Licht stellen, denn sie hätte alsdann noch weiter gehen und anführen müssen, daß die großen Grundbesitzer beinahe an der ganzen Bahnstrecke auf jede Landentschädigung schon 1843 verzichtet, daß der Lebusser Kreis eine Summe aus dem Kreisfonds bewilligt hatte, um daraus die kleinen Grundbesitzer zu entschädigen, und daß der Provinziallandtag von Preußen höchst bedeutende Erbietungen zur Erleichterung des Baues gemacht hatte. Aus diesen Thatsachen leuchtet nun freilich ein, daß es für die preussische Ostbahn weder an Muth noch an Mitteln gefehlt, sondern daß nur die Regierung die Angelegenheit nicht so betrieben hat, wie es die Wichtigkeit forderte. Ein zweiter Beweis unzulänglicher Einsicht ist in dem Gutachten darin gegeben, daß die Abtheilung für gut fand, das Bahnstück von Berlin bis Driesen von der großen Ostbahn abzuschneiden. Es ist dies aber ein Stück, welches nach allen gemachten Erfahrungen eine Rente von mehr als 5 Prozent in Aussicht stellt. Die Abtheilung rieth dem Landtage zu einer Anleihe für eine Bahn, die weniger rentirt, und den Theil, welcher in seinem Ertrage den andern mit übertragen sollte, schnitt die Abtheilung ab, vielleicht aus Gründen, denen wir mindestens nicht beistimmen könnten.

Das äußerst umfangliche und breitgehaltene Gutachten stimmt vollständig den Wünschen und Ansichten des Gouvernements bei, es setzt uns weitschweifig die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der preussischen Ostbahn, über die es überhaupt keinen Zweifel gegeben hat, noch geben wird, abermals auseinander, und indem es die Frage, ob der Landtag in der Lage sei, unter den dermaligen Umständen und bei der gegenwärtig gesetzlich noch nicht gewährten Rechtsstellung des Vereinigten Landtags eine Anleihe zu bewilligen, ganz zur Seite liegen läßt, empfiehlt es den Ständen zur Beschlußnahme den Antrag:

»Auf die Allerhöchste Botschaft vom 28. März 1847 die ständische Zustimmung zu erklären, zu einer Staatsanleihe, welche aus dem durch die Allerhöchste Kabinettsordre vom 22. Nov. 1842 bis zum Betrage von 2 Mill.

Ihr. ausgelegten Eisenbahnfonds zu verzinsen und zu tilgen und welche zu verwenden ist, behufs beschleunigter Herstellung der östlichen Eisenbahn von Ködnitzberg bis Driesen, unter gleichzeitiger Erbauung der Zweigbahn von Danzig bis Dirschau«.

In dem Antrage der Kommission war die Petition des Abg. Hansemann nicht berücksichtigt worden. Der Grund, warum dies nicht geschehen, lag in dem Antrage des Petenten, welcher dahin geht, daß die Ostbahn nicht mit einer Anleihe, sondern für die im Staatschatz müßig liegenden Gelder und Metalle gebaut werden solle. Die Abtheilung hat darüber ein besonderes Gutachten abgegeben, das sie am Schlusse der Verhandlung über ihren ersten Antrag zur Diskussion gestellt hat.

So weit die Verhandlungen in den stenographischen Berichten bis jetzt vorliegen, haben sich die bei Weitem reichsten Redner gegen den Antrag ausgesprochen. Die Verhandlung erstreckte sich durch mehrere Sitzungen, aber so vielseitig die Diskussion auch war, nicht eine einzige Stimme aus der Herrenkurie hat sich vernehmen lassen, mit Ausnahme von 3 Rednern über Formalien, am Schlusse der Verhandlung.

An die Spitze der Diskussion stellte der Referent der Abtheilung, Freiherr von Manteuffel der Zweite, den Antrag, die Stände möchten die ganze Vorlage scheiden in 1) eine Nützlichkeits- und 2) eine Anleihefrage, so daß man sich erst über den Nutzen und die Nothwendigkeit der Ostbahn und zum Schlusse über die Anleihe auszusprechen habe. Zugleich machte der Referent darauf aufmerksam, daß die Abtheilung sich die Frage vorgelegt habe, ob sie und die Versammlung sich für kompetent halte, eine Anleihe zu konsentiren, und daß diese Frage mit 11 gegen 5 Stimmen bejaht worden sei.

Der erste Vorschlag, die Angelegenheit in zwei Fragen zu spalten, wurde sofort zurückgewiesen, und zwar wegen der Schwierigkeit, welche unfehlbar die Trennung mit sich führen mußte. Und was die Kompetenz anlangt, so bemerkte der Abg. v. Gordon aus Preußen, Mitglied der Abtheilung, daß das Gutachten nicht genau sei, er habe gegen das, was man jetzt mit dem Namen Kompetenz bezeichne, gestimmt, aber unter Kompetenz habe die Minorität der Abtheilung die gegenwärtige Befähigung des Landtags verstanden, eine Anleihe zu bewilligen. Abg. v. Heyden, Mitglied der Abtheilung, hielt den Vereinigten Landtag nach dem Patent vom 3. Februar für vollkommen berechtigt, Anleihen zu konsentiren, nichts desto weniger stimmte er gegen den beantragten Staatsbau mittelst Staatskosten, »nicht, weil er sich nicht berechtigt hielt, die Anleihe zu genehmigen, sondern aus ganz andern Gründen.« »Ich bin nämlich« — so sprach der Abgeordnete — »der Ansicht, daß, wenn überhaupt wir als Repräsentanten des Volkes oder als versammelte Stände eine Anleihe bewilligen, wir auch über deren Verwendung Nachweisung erhalten, Kontrolle haben müssen, oder mit andern Worten, daß uns Rechnung über deren Verwendung gelegt werden muß. Nach der bestimmten Erklärung des Herrn Finanzministers in der Abtheilung wird aber, wenn die Anleihe von den Ständen bewilligt werden sollte, der Staatsbau dieser Eisenbahn ausgeführt werden, ohne daß uns diese Rechnung getragen würde. Es ist hier, wie überall, daß die Prinzipfragen in die Beantwortung der materiellen Fragen hineinragen, und ebenso, wie es früher der Fall war (bei den Landrentenbanken), wird die Beantwortung dieser letztern nicht entsprechend ausfallen können, ehe nicht die



Erledigung der Prinzipfrage zufriedenstellend ausgefallen ist.“ Darauf entgegnete der Finanzminister:

Zunächst halte ich mich verpflichtet, auf die Aeußerung des geehrten Redners aus Pommern, der vorher gesprochen hat, eine Bemerkung zu machen. Wenn gesagt ist, ich hätte erklärt, daß man auf eine Rechnungslegung in Bezug auf die Eisenbahn-Anleihe nicht eingehen könne, so glaube ich, daß darüber ein Mißverständnis obwalten muß. Ich erinnere mich nicht mehr, daß dieser Gegenstand speciell in der angeführten Weise zur Sprache gekommen ist; ich erinnere mich nur im Allgemeinen, daß die Rede von einer Verwendungs-Nachweisung war; der Worte, welche ich in dieser Beziehung gebraucht, kann ich mich nicht mehr entsinnen, da es schon mehrere Wochen her ist. Ich nehme aber keinen Anstand, hier zu erklären, daß, wenn es gewünscht wird, über den Bau der Eisenbahn nach Preußen vollständige Verwendungs-Nachweisungen vorgelegt werden sollen. Durch diese Erklärung wird in jener Beziehung jedes Mißverständnis beseitigt sein.

Ich erinnere mich nicht mehr, daß der Gegenstand in der Abtheilung speciell zur Sprache gekommen ist. Es ist, wie ich glaube, bloß die Rede davon gewesen, daß die Anleihe zu nichts Anderem verwendet werde, als zu diesem Eisenbahnbau. Ich habe in keiner Weise ein Bedenken dagegen, die vollständige Verwendungs-Nachweisung vorzulegen. Sollte in dieser Beziehung noch ein Mißverständnis obwalten, so erkläre ich nochmals, daß ich keinen Anstand nehmen werde, die vollständige Nachweisung vorzulegen, so daß die Versammlung sich wird überzeugen können, daß zu keinem anderen Zwecke, als zum Bau der Eisenbahn, der Betrag der Anleihe wird verwendet werden.

Dies vorausgeschickt, erlaube ich mir, auf den Gegenstand der Proposition zurückzukommen. Nachdem die Eisenbahn-Anlage vor einem Decennium eine bedeutende Entwicklung bei uns genommen hat, hielt sich die Regierung verpflichtet, den Gegenstand selbst aufzunehmen, und es wurde zu dem Ende wegen Herstellung eines umfassenden Eisenbahnnetzes in der ganzen Monarchie den Vereinigten Ausschüssen im Jahre 1842 ein Vorschlag vorgelegt und zwar dahin, daß der Ausbau der Eisenbahnen und zwar im Allgemeinen dem Privat-Unternehmen zu überlassen sei, der Staat aber diese Bauten theils durch Betheiligung an den Actien-Kapitalien, theils durch Gewährung von Zinsen-Garantien unterstütze. Es wurde zu dem Ende, was namentlich die Garantie angeht, ein Betrag von 2 Millionen jährlich in Aussicht genommen, um damit den wichtigsten Bahnen eine Zins-Garantie verleihen zu können. Von Seiten der Vereinigten Ausschüsse wurde anerkannt, daß das vorgeschlagene Eisenbahnnetz, welches die Hauptstadt mit den Provinzen und die Provinzen mit einander verbinden, so wie auch in der Haupttrichtung das Ausland berühren sollte, ein dringendes Bedürfnis sei. Damals wurde schon die Frage angeregt, ob nicht der Eisenbahnbau ganz auf Staatskosten zu bewirken sei; seitens der Regierung fanden jedoch erhebliche Bedenken dagegen statt. Die Ansicht der Versammlung war darüber ungefähr gleich getheilt, indeß die Majorität stimmte der Regierung bei. In Folge dieser Berathung sind von Sr. Majestät die nöthigen Bewilligungen gemacht worden, um die Ausführung des Eisenbahnnetzes zu sichern. Es ist ein Kapital-Betrag von 6 Millionen Thalern aus den Ueberschüssen des Staatshaushaltes bestimmt worden, damit der Staat in den Stand gesetzt sei, sich bei geeigneten Bahnen mit Kapitalien betheiligen zu können. Zweitens ist sogleich eine Summe von 500 000 Rthln. ausgesetzt worden zu den laufenden Ausgaben, namentlich zur Deckung der nöthigen Zins-Garantie.

Es ist ferner bestimmt worden, daß die Ueberschüsse der Salz-Debits-Verwaltung gegen den Etat von 1843 künftig zu dem Eisenbahn-Fonds bestimmt werden sollten, bis derselbe die

Summe von jährlich 2 Millionen Thaler erreichen wird. Der Eisenbahn-Fonds ist in diesem Jahre bereits auf 1,200,000 Rthlr. gestiegen, und er wird sich in Folge der Vermehrung der Einnahmen aus dem Salz-Monopol, welche mit der Vermehrung der Bevölkerung gleichen Schritt hält, erhöhen, so daß der Eisenbahn-Fonds nach einer Reihe von Jahren die Summe von 2 Millionen Thalern erreicht haben wird.

Das Eisenbahnnetz, welches man bei der Vorlage an die Vereinigten ständischen Ausschüsse im Jahre 1842 im Auge hatte, ist größtentheils jetzt vollendet oder seiner Vollendung nahe. Es fehlt hauptsächlich noch die preussische Ostbahn, an welche sich die Bahn anreihen soll, durch welche Posen mit der schlesischen Eisenbahn in Verbindung zu setzen ist. Außerdem ist ohne Beihilfe des Staates eine größere Anzahl von Eisenbahnen unternommen und größtentheils vollendet, so daß gegenwärtig bis auf die zunächst in Frage stehende Ostbahn und die Posen-Schlesische Bahn die erwünschten Eisenbahn-Verbindungen theils hergestellt, theils in Angriff genommen sind, theils in naher Aussicht stehen. Ich bemerke, daß am Schlusse des Jahres 1846 bei uns an Eisenbahnen 240 Meilen fertig gestellt waren mit einem Kapitalsbetrage von 80 Millionen Thalern, daß im Laufe dieses Jahres zur Vollendung kommen 45 Meilen Eisenbahnen mit einem Kapital von 16 Millionen, und daß in der Ausführung begriffen sind und in den folgenden Jahren zur Vollendung kommen werden 63 Meilen, die einen Kapitalsbetrag von 18 Millionen Thalern erfordern.

Alle diese großen Resultate sind erreicht worden ohne andere unmittelbare Mitwirkung des Staats, als daß er für mehrere besonders wichtige Eisenbahnen, außer der Betheiligung an der Kapital-Anlage, eine Garantie von Einer Million Einmal Hundert Tausend Thaler übernommen hat. Diese Summe ist im Vergleich mit dem, was das Ausland für Eisenbahnen unentgeltlich aus Staatsfonds aufgewendet hat, auch wenn wir die Kosten der ganzen Ostbahn hinzunehmen, im Ganzen doch von weniger Erheblichkeit. Ich bemerke, daß nach den hier gesammelten Notizen die Kosten, die für Eisenbahn-Anlagen — ich will bloß deutsche nennen, — aus Staats-Mitteln verwendet worden sind oder verwendet werden sollen, in Bayern 48 Millionen, in Sachsen 16 Millionen, in Hannover 25 Millionen und in Württemberg 17 Millionen betragen. Es kommt gegenwärtig darauf an, daß das Hauptglied, welches in unserem Eisenbahnnetz noch fehlt, nämlich die Ostbahn nach Preußen, fertig hergestellt werde. Es waren früher Aussichten vorhanden, daß diese Bahn in gleicher Art, wie andere, durch Staats-Beihilfe zur Ausführung gelangen würde, die ungünstigen Verhältnisse des Geldmarktes haben jedoch diese Aussichten allmählig schwinden lassen, so daß nur zu hoffen ist, daß, wenn der Staat unmittelbar den Ausbau dieser Bahn übernimmt, dieselbe zur Ausführung und Vollendung kommen kann. Es bieten sich hierzu Wege dar. Der erste Weg geht dahin, daß der Staat theils mit den Kapital-Beständen und theils mit den Mitteln des laufenden Eisenbahnfonds den Bau unternimmt. Auf diesem Wege würde der Bau nur nach einer langen Reihe von Jahren zur Ausführung kommen können; es ist aber in vielem Betracht wünschenswerth, daß derselbe in einer angemessenen kurzen Zeit zur Vollendung gelange. Man hat sich deshalb zu dem zweiten Wege entschlossen. Dieser zweite Weg geht dahin, daß der Staat die Mittel, die er in dem laufenden Eisenbahnfonds hat, in Kapital umsetzt und sich dadurch die Mittel verschafft, die Bahn rasch zu bauen. Dies ist der Weg einer Anleihe. Diese Anleihe bezweckt in keiner Weise ein fiskalisches Interesse, sondern sie ist eine Anleihe im allgemeinen Interesse des Landes; denn die preussische Bahn hat nicht bloß ein provinzielles Interesse, sie hat ein großes allgemeines Interesse, und es kann nur, sowohl in kommerzieller, als in po-

litischer und militairischer Hinsicht, gewünscht werden, daß sie möglichst bald zu Stande kommen möge. Bei der Frage der Anleihe mußte der finanzielle Punkt, und zwar von dem Standpunkte aus in Erwägung gezogen werden, daß dasjenige, was der Staats-Haushalt zur Verwendung erübrigen läßt, nicht überschritten wird, es mußte darauf Rücksicht genommen werden, daß die zwei Millionen Thaler, die als Maximal-Betrag zur Verwendung für den Eisenbahn-Fonds in Aussicht genommen sind, nach Abzug dessen, was bereits für ausgeführte Bahnen verwendet ist, für den Zweck ausreichend bleiben. Um diese Rücksicht mit der anderen Rücksicht, die Bahn bald in Ausföhrung zu bringen, zu vereinigen, bot sich das Mittel dar, daß man für jetzt die Eisenbahn, die nach Stettin und von dort über Stargard nach Posen führt, benutze, um an diese die große Ostbahn anzuschließen und von dort aus unmittelbar weiter zu führen. Es ist dies allerdings ein Umweg, der aber auf der ganzen Tour bis Königsberg hin nur acht Meilen beträgt, er wird also nicht von der Art sein, daß behauptet werden könnte, es würde der Zweck der Bahn wesentlich gefährdet werden, um so weniger, als es, wenn Zeit und Umstände es gestatten, vorbehalten bleibt, den Bau in direkter Linie auf Berlin fortzusetzen. Es ist deshalb die Proposition dahin gestellt worden, daß die Summe, welche nöthig ist, um den Bau von der Stargard-Posener Bahn bei Driesen ab fortzuführen, als Staats-Anleihe aufgenommen werde. Es ist in der Abtheilung der Vorschlag gemacht, in Anerkennung des großen Nutzens, den eine direkte Bahn unmittelbar von Berlin nach Königsberg hin haben würde, die Anleihe verhältnißmäßig zu erhöhen, und eine große Minorität hat auch in der Abtheilung dafür gestimmt. Ich bin indeß in keiner Weise ermächtigt, zu erklären, daß die Proposition, welche davon ausgeht, daß die Bahn nur von Driesen aus gebaut werde, eine Modification erleiden könnte, im Gegentheil muß ich hinzufügen, daß die Rücksicht auf den Staats-Haushalt es wenigstens für jetzt nicht gestattet, höhere Beträge für die Anleihe in Aussicht zu nehmen; sobald jedoch Zeit und Umstände es gestatten, wird man gewiß gern darauf bedacht sein, die Bahn direkt von Driesen nach Berlin fortzusetzen, ohne indeß über den Zeitpunkt, wann, und über die Art, wie dies geschehen wird, gegenwärtig eine Verpflichtung zu übernehmen.

Unter unseren Eisenbahnen sind mehrere, welche in dem projektirten Eisenbahn-Netz nicht begriffen und noch nicht hergestellt sind, deren Ausföhrung aber höchst wünschenswerth erscheint, als: die Köln-Minden-Thüringer Verbindungs-Bahn und einige andere, die in den vorliegenden Petitionen angeführt sind. Wie die Verhältnisse gegenwärtig stehen, ist wenig Aussicht auf ihre Ausföhrung vorhanden, wenn nicht von Seiten des Staates in irgend einer Weise hinzugetreten wird. Zu einer Beihilfe dieser Art würde es aber dem Staate fehlen, wenn er lediglich auf die Mittel beschränkt bliebe, wie der Eisenbahn-Fonds sie in seiner gegenwärtigen Beschaffenheit gewährt. Es wird möglich sein, mehrere dieser Bahnen gleichzeitig zu berücksichtigen, wenn dem Staate mit einemmal ein großes Kapital zur Disposition gestellt wird, und es hat die Anleihe einen doppelten Zweck, nämlich einestheils die schnelle Ausföhrung der preussischen Ostbahn, und andernteils die Unterstüzung mehrerer anderen wichtigen Bahnen, die in dem in Aussicht gestellten Eisenbahn-Netz nicht enthalten sind. Es ist also die Anleihe ein Gegenstand, der nach vielen Seiten hin die allgemeinen Interessen des Landes berührt, und es kann nur gewünscht werden, daß die Versammlung ihre Zustimmung zu der Anleihe, wie sie vorgeschlagen worden ist, ertheile.

Mit diesem nackten Widerspruche des Finanzministers begnügte sich der Abg. v. Heyden nicht. Unter namentlicher Berufung auf das Gutachten wies er nach, daß der Minister eine Vorlage der Rechnungen verweigert habe,

und daß, wenn jetzt die Sprache anders laute, dies auf eine Sinnesänderung hinweise. Im Protokoll stehen die Worte:

„Die entgegenstehende Ansicht wollte in einer Anleihe nichts wesentlich Verschiedenes von einer Actien-Zeichnung erblicken, da bei beiden Maßregeln eine Benutzung von Privat-Kapitalien herbeigeföhrt werde, und fand eine besondere Stüze für ihre Meinung, noch darin, daß im Falle einer Staats-Anleihe keine weitere Kontrolle über die Verwaltung der beschafften Mittel vorhanden sei, während gerade diese in der Verwaltung der Privatgesellschaft selbst vollständig liege.“

Der Abgeordnete fügte hinzu:

Dieser Passus ist aus dem Protokoll aufgenommen worden, und meine Frage an den Herrn Minister: ob den Ständen eine Kontrolle über die Verwendung der geforderten Anleihe gewährt werden würde? beantwortete der Herr Minister dahin: Die Rechnung würde allerdings geföhrt, aber nicht den Ständen vorgelegt werden. Wenn wir nun gehört haben, daß eine Rechnung vorgelegt werden soll, so können wir uns nur Glück wünschen, daß dieser erste Schritt in das neue Princip hineingethan ist, und Gott gebe, daß wir so fortfahren.

Der Abg. Wenzler aus der Niederlausitz sprach sich für die Möglichkeit der Bahn aus, bedauerte aber, daß »Preußens Finanzverwaltung nach 32jährigem Frieden und nach der oft gehörten Versicherung eines blühenden Finanzzustandes dennoch seine alten Schulden bisher nicht tilgen konnte« und fand es »bedenklich, in solchen Zeiten und bei dieser Geldnoth schon wieder neue Schulden zu machen.« Er gab seine Stimme gegen die Anleihe. Der Legationsrath Küpfer aus Posen empfahl den Bahnbau aus Staatsmitteln rein aus militairischen Gründen. Der ritterschaftliche Abgeordnete Graf v. Sneyden aus Sachsen erklärte sich überhaupt gegen das von der Regierung angenommene System, Bahnen auf Staatskosten zu bauen. Sein langer Vortrag lautete:

Meine Herren! Seit Einführung der Eisenbahnen in die Zahl unserer Communicationsmittel hat sich ein Streit darüber erhoben, was zweckmäßiger sei: dieselben der Privat-Industrie zu überlassen, oder sie auf Staatskosten zu bauen und zu betreiben? Es liegt nicht in meiner Absicht, diesen Streit hier erörtern zu wollen; jeder Meinung stehen gewichtige Gründe zur Seite. Aber so viel scheint mir gewiß, daß, wenn ein Gouvernement sich einmal für einen Grundsatz entschieden hat, es dann auch zweckmäßig ist, denselben durchweg festzuhalten. Zwar ist es nicht immer zweckmäßig, durch starres Festhalten an einem Prinzip sich in eine missliche Lage zu versetzen, wie Herr Fischer, welcher das Unglück hat, daß das von ihm bestiegene Prinzip plötzlich stetisch wird und ihn zur Umkehr nöthigt; aber gerade hierin liegt eine Aufforderung, erst nach der reiflichsten Erwägung sich für einen oder den anderen Grundsatz zu entscheiden. Unsere Regierung hat nun einen Mittelweg eingeschlagen, indem sie durch eine Betheiligung und Zinsen-Garantie bei gewissen Eisenbahnen die Möglichkeit herbeigeföhrt hat, mit der Zeit diese Eisenbahnen ganz zu erwerben. Ich halte mich nicht für befähigt, über diesen Ausweg ein vollgültiges Urtheil abzugeben; es ist aber gewiß ein übles Zusammenreffen, daß gerade bei derjenigen Bahn mit Zinsen-Garantie, welche in ihrer ganzen Ausdehnung zuerst dem Betriebe übergeben worden ist, sich mehrfach Uebelstände herausgestellt haben. Ich wage nicht zu entscheiden, ob diese in jenen Bestimmungen ihren Grund haben oder in anderen Umständen. Denkbar ist es indeß, daß eine Zinsen-Garantie, welche ein leichtes Mittel gewährt, den Actien einen guten Cours zu sichern, sehr geeignet ist, die Direction in einen sanften Schlaf zu wirgen; denkbar ist es ferner, daß die Vereingung der Geschäfte des Direktoriums in der Person des eigentlich

kontrollirenden Rechnungs-Mitgliedes dem Direktorium die nöthige Spannkraft nimmt. Ich lasse die Betrachtungen zur Seite liegen und will nur noch auf die in der Einrichtung, welche unser Gouvernement getroffen hat, jedenfalls enthaltene Unvollständigkeit hindeuten, daß ein Uebergehen in das Staatseigenthum nur bei solchen Staatsbahnen stattfinden kann, bei welchen Zinsen-Garantie gewährt worden ist, bei der weit größeren Mehrzahl der Eisenbahnen aber, welche einer Zinsen-Garantie sich nicht erfreuen, eine Erwerbung, wenn überhaupt, doch nur mit den größten Opfern bewerkstelligt werden könnte. Wir werden demnach ein gemischtes System von Privat-Eisenbahnen und Staatsbahnen erhalten. Dennoch halte ich es für einen Vortheil, daß die Zinsen-Garantie die Möglichkeit darbietet, wenigstens einen Theil der Eisenbahnen mit verhältnißmäßig geringem Opfer für den Staat zu acquiriren. Nun soll dies jedoch geändert werden. Es liegt uns ein Plan vor, wonach eine der längsten Eisenbahnlinien nur aus Staats-Fonds hergestellt werden soll. Der Grund davon liegt darin, daß diese Eisenbahn keinesweges Aussicht auf Rente gewährt und sich daher eine Privat-Gesellschaft schwer für diesen Bau finden würde. Dazu wird nun seitens des Staates eine Anleihe von 26 Millionen in Vorschlag gebracht. Gegen den Plan selbst würde ich wenig einzuwenden haben, wenn es die letzte Eisenbahn wäre, die zu bauen übrig bliebe, wenn alle anderen Bahnen bereits ausgeführt wären. Unter diesen Umständen aber, da wir noch lange nicht so weit sind, halte ich es für bedenklich, eine so enorme Summe zu verwilligen und den Eisenbahn-Fonds, welcher zur allgemeinen Unterstützung aller Bahnen bestimmt ist, um so viel zu schwächen, als die Verzinsung und Amortisation dieser Anleihe in Anspruch nimmt. Was die Wichtigkeit der vorliegenden Eisenbahn anbetrifft, so darf man sie in kommerzieller Hinsicht nicht zu hoch anschlagen. Alle Abfah- und Einfuhrwege Preußens gehen nach der See; also würde sich wahrscheinlich diese Eisenbahn darauf beschränken, der verhältnißmäßig geringen Zahl von Reisenden und namentlich unseren verehrten Kollegen aus Preußen, wenn wir uns wieder hier versammeln sollten, ein bequemes Transportmittel zu gewähren. Anders, erkenne ich an, verhält sich die Sache, wenn man die Sache aus dem Gesichtspunkte des Staats-Interesses betrachtet. Hier erscheint in erster Reihe die Wichtigkeit, die Nützlichkeit einer Verbindung sämtlicher Provinzen mit der Hauptstadt und dem Centrum des ganzen Staats-Organismus. Ferner wissen wir, daß in Königsberg und Löben zwei große Festungen angelegt werden, welche bestimmt sind, der Landesverteidigung feste Haltepunkte darzubieten. Von der höchsten Wichtigkeit ist daher die Verbindung dieser Orte unter einander sowohl, als mit der Weichsel und mit dem Centrum des Staates. Wenn ich nun auch nicht umhin kann, der Vorsicht meinen Beifall zu zollen, welche schon jetzt auf die Vertheidigung unserer östlichen Gränzen Bedacht nimmt, so fragt es sich doch, ob dieser Grund allein schon jetzt von solcher Wichtigkeit ist, um diese Anleihe zu rechtfertigen. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß das Land, gegen welches diese Vertheidigung gerichtet ist, noch weit schlechtere Communicationsmittel hat und noch weit länger haben wird, als wir; — und daß auch vor der Hand die Befürchtung eines Angriffes von jener Seite nicht in so naher Zeit bevorsteht. Wir müssen also in Betracht ziehen, daß wir von Rußland aus eben wegen seiner enormen Entfernungen und überaus schlechten Communicationsmittel einen so plötzlichen Anfall nicht zu befürchten haben, wie derselbe an der westlichen Gränze statthaben könnte. Wir werden mit den Festungen Königsberg und Löben als Stützpunkte stets in dem Fall sein, einem Anfälle von jener Seite gerüstet entgegenzutreten zu können. Ich halte daher die sofortige rasche Ausführung der Bahn weder für dringend, noch für nothwendig. Es sind aber noch andere Gründe, welche mir die Annahme der Proposition bedenklich machen. Ich habe er-

wähnt, daß jetzt ein neuer Modus bei Erbauung von Eisenbahnen eingeführt werden würde, nämlich die Ausführung auf Kosten des Staats, — ein ähnlicher Vorschlag hat in diesem Jahre dem englischen Parlamente vorgelegen; es sollten 16 Millionen bewilligt werden zum Bau von Eisenbahnen in Irland, wo dieselben Schwierigkeiten obzuwalten scheinen, nur mit dem Unterschiede, daß diese 16 Millionen bloß vorschußweise verlangt wurden. Dieser Antrag ist zurückgewiesen worden, hauptsächlich aus dem Grunde, weil, wenn man das Prinzip der Staatsbahnen, gemischt mit Privatbahnen, Platz greifen läßt, daraus hervorgehen würde, daß solche Bahnen, welche genügende Renten in Aussicht stellen, von der Privat-Industrie ausgebeutet werden, während die, welche keinen Ertrag versprechen, dem Staate anheimfallen und für die Staatsangehörigen eine neue Last begründen würden. Es ist ferner zu erwähnen, daß die 26 Millionen nur gerade hinreichen werden, was auch nicht einmal gewiß ist, die Eisenbahn von Königsberg bis Driesen zu bauen; es fehlt dann noch das Stück bis Berlin. Es ist ferner in der Denkschrift selbst schon eine Verlängerung der Bahn von Königsberg bis an die russische Gränze in Aussicht gestellt. Es ist weiter in einer Petition die Erbauung einer Eisenbahn von Posen nach Breslau aus Staatsfonds beantragt worden. Dies sind nur einige von den Projekten, welche jetzt vorliegen. Wird der Grundsatz der Erbauung aus Staatskassen eingeführt, so liegt es außer Zweifel, daß noch andere Projekte kommen werden, und ich weiß nicht, wie man sich dann der Bewilligung entziehen will. Die Erfahrung zeigt, wie leicht es ist, jedes Eisenbahn-Projekt als wünschenswerth darzustellen; es liegen uns eine Menge von Petitionen vor auf Unterstützung von Eisenbahnen; sie sind sämmtlich von der Abtheilung zur Befürwortung empfohlen worden, — ein Beweis, daß es sehr leicht ist, bei jeder Eisenbahn gewisse Gründe für das Bedürfnis ihrer Erbauung hervorzuheben.

Die Wichtigkeit der heutigen Verathung liegt mithin weniger in der Bewilligung der Anleihe als in der Anerkennung und Einführung eines neuen Prinzips. Ist dasselbe überhaupt einmal angenommen, so weiß ich nicht, wie man sich einer weiteren Bewilligung von enormen Summen, welche sich daran knüpfen werden, entziehen will. Ein ferneres Bedenken liegt in unseren Verkehrs-Verhältnissen. Diese Verkehrs-Verhältnisse bringen es mit sich, daß, sobald der jetzige abnorme Zustand des Geldmarktes wieder geregelt sein wird, für alle Eisenbahnen diesseits der Oder, für welche ein wahres Bedürfnis sich herausstellt, Privat-Kapitalien leicht gefunden sein werden, während für Eisenbahnen jenseits der Oder, die allerdings nur eine geringe Rente erwarten lassen, sich schwer Privat-Gesellschaften finden dürften. Hieraus ergibt sich, daß alle aus Staats-Fonds zu erbauenden Eisenbahnen wahrscheinlich auf dem jenseitigen Ufer der Oder gebaut werden würden. Im Gutachten der Abtheilung ist hervorgehoben, daß die Landestheile, welche bei Projektirung des allgemeinen Eisenbahn-Netztes auf die östliche Eisenbahn hingewiesen worden sind, ein Recht auf die Ausführung derselben hätten, weil mehrfache Eisenbahnen in den übrigen Provinzen unter Beihilfe des Staates bereits ausgeführt sind. Nun, meine Herren, ist es eine eigenthümliche Erscheinung, daß in den östlichen Provinzen unseres Staats von Zeit zu Zeit Perioden von Drangsalen eintreten, welche schon große Beihilfen aus den Staatskassen in Anspruch genommen haben. Ich kenne den Grund dieser Erscheinung nicht, ich schäme mich meiner Unwissenheit auch keinesweges, denn ich habe vor einiger Zeit aus öffentlichen Blättern ersehen, daß erst vor kurzer Zeit eine Kommission in Preußen niedergesetzt worden ist, um die Ursachen dieser Erscheinung aufzuklären. Ein Beweis, daß sowohl das Ministerium als die Einwohner selbst darüber noch

im Unklaren sind. Gewiß verkenne ich nicht, daß das gemeinsame Vaterland die Verpflichtung hat, bei solchen Drangsalen kein Opfer zu scheuen, was eine solche Noth lindern kann; indessen muß ich daran doch erinnern, daß die großen Summen, welche dahin gegangen sind, nicht immer bloß zur Stillung des Hungers verwendet worden sind. Als in den zwanziger Jahren durch eine bis dahin nie gekannte Entwerthung aller landwirthschaftlichen Produkte und des Grund und Bodens ebenfalls eine Kalamität, namentlich auch in den östlichen Provinzen, eintrat, wurden ebenfalls ungeheure Summen in Anspruch genommen, nicht um den Hunger zu stillen, sondern um den Grundbesitzern, welche in ihrem Fette so zu sagen erstickten, ihr Eigenthum zu erhalten. (Aufregung.)

Fern sei es von mir, über alle diese Summen, welche seit dieser Zeit dorthin gegangen sind, hier scharfe Rechnung halten zu wollen; ich selbst habe über die Verwendung derselben mich nur gefreut. Nur die Thatfache habe ich anführen wollen, um zu beweisen, daß in der Theilnahme an den außerordentlichen Verwendungen aus Staatsfonds Preußen keinesweges zu kurz gekommen ist, sondern sich vielleicht noch im Vorschusse befinden dürfte. Wenn ich nun bereits die Ansicht ausgesprochen habe, daß die Bewilligung der vorliegenden Anleihe nur der Anfang weit umfangreicherer Verwendungen auf Eisenbahnen sein würde, so steigert sich mein Bedenken, wenn ich in Betracht ziehe, daß alle diese Verwendungen nur einem Theile der Monarchie zu Gute gehen würden. Ich habe zwar die Ehre, eine wohlhabende Provinz zu vertreten, nicht wohlhabend allein durch einen fruchtbaren Grund und Boden — das ist nicht die einzige Bedingung der Wohlhabenheit; es giebt Provinzen mit dem fruchtbarsten Boden, welche nicht sehr wohlhabend sind, es giebt Landestheile mit schlechtem Boden, welche dennoch wohlhabend sind — sondern wohlhabend durch die Betriebsamkeit und Industrie ihrer Bewohner; indessen auch bei uns, meine Herren, klebt an dem Groschen, der in die Steuerkasse fließt, der Schweiß der täglichen Arbeit, und man hat wohl Ursache, haushälterisch damit umzugehen. So sehr ich nun auch überzeugt bin, daß in einem Staate, wie der unsrige, zu großen Zwecken sämtliche Provinzen einträchtig zusammenwirken müssen, so muß ich doch Bedenken tragen, einer Maßregel meine Zustimmung zu geben, welche eine Verwendung von einer jetzt noch gar nicht bestimmbar Summe auf eine lange Reihe von Jahren hinaus bloß zu Gunsten eines Theiles der Monarchie zur Folge haben und auf eine lange Zeit hinaus die Monarchie in 2 Theile theilen würde, in einen zahlenden und in einen empfangenden. Ich habe bereits die Gründe entwickelt, weshalb ich selbst im Interesse der Landesverteidigung die Ausführung dieser Bahn nicht für eilig und dringend halte. Ich glaube, daß wir damit füglich noch einige Jahre warten könnten; ich glaube, daß binnen eines nicht allzu langen Zeitraums der Geldverkehr in sein früheres ruhiges Gebiet zurückkehren wird, daß sich alsdann hinlängliche Privat-Kapitalien zu industriellen Unternehmungen finden werden, und daß vielleicht dann noch Aussicht vorhanden sein dürfte, auch für diese Bahn eine Privat-Gesellschaft zur Uebernahme derselben zu vermögen, und in diesem Falle würde ich in Rücksicht auf das überwiegende Interesse der Landes-Verteidigung vollkommen damit einverstanden sein, die Mitwirkung und Beihülfe des Staats selbst in noch weit größerem Umfange eintreten zu lassen, als sie bis jetzt bei irgend einer Bahn stattgefunden hat. Für jetzt aber, meine Herren, kann ich nur die Bitte an Sie stellen, die Zustimmung zu der projektierten Anleihe ehrsüchtig abzuwehren.

Die Beschuldigung der Inkonsequenz der Regierung lehnte der Kommissar ab und that dar, daß die Zinsengarantie, welche der Staat seit 1842 gewährt habe, nur eben der Uebergang zu dem nothwendig gewordenen Staats-

baue sei. Alsdann führte er aus, daß die Verbindung der Provinz Preußen mit den Centrallandschaften der Monarchie durch eine Eisenbahn mehr noch im Interesse des ganzen Staates als im alleinigen Interesse der Provinz geboten sei. Der Staat würde jedenfalls zurücktreten und nur nach dem bisher üblichen Gebrauche Unterstützung gewähren, wenn eine Privatgesellschaft die Ausführung der Bahn übernehmen wollte; diese Privatübernahme sei aber nach dem Verkehrsverhältnissen der östlichen Provinzen und nach dem gegenwärtigen Zustande des Geldmarktes sehr unwahrscheinlich. Da aber die Nothwendigkeit des Baues feststehe, wenn den östlichen Provinzen nicht die Lebensadern unterbunden werden sollten, so bleibe nichts übrig, als daß der Staat mit seinen Mitteln den Bau übernehme. Die erforderliche Anleihe werde die Staatsbürger mit keinen neuen Abgaben belasten, da nur so viel Kapital aufgenommen werden solle, daß der bereits vorhandene Fonds zur Verzinsung und Amortisirung desselben zureiche. Am Schlusse seiner mit Beifall aufgenommenen Rede erklärte er, daß es sich gar nicht darum handle, ob die preussische Bahn, sondern darum, wann und wie schnell sie gebaut werden solle. Nach einigen nur erläuternden Bemerkungen des Referenten betrat der Freiherr v. Wincke die Bühne:

Ich kann dem geehrten vorletzten Redner aus der Niederlausitz nur darin beipflichten, daß eine Anleihe, sie mag aus Gründen erfolgen, aus welchen sie wolle, immer eine sehr wichtige und bedenkliche Maßregel ist, und zwar kurz aus den drei Gründen: Einmal, weil durch eine Anleihe, namentlich in dem Maße, wie sie hier beabsichtigt wird, der Industrie und dem Ackerbau Kapitalien entzogen werden, die zu ihrer Hebung verwendet werden können, also die Privat-Industrie leidet. Zweitens, weil wesentlich eine Anleihe dazu beiträgt, eine Klasse von Staatsbürgern zu bereichern, die sich nicht mit dem Handel, nicht mit der Industrie, nicht mit dem Ackerbau, überhaupt nicht mit einem produktiven Gewerbe beschäftigt, sondern aus Rentiers besteht, die nur, wenn ich so sagen darf, aus der Trennung der Coupons ein Geschäft machen; weil also eine inproduktive Industrie befördert wird; und drittens, weil dadurch wesentlich dem Börsenspiele Vorschub geleistet wird, was aus Gründen, die früher gegen die Lotterie angeführt sind, aber in einem weit höheren Grade bedenklich zu sein scheint.

Das würden, meiner Ansicht nach, die Gründe sein, die mir eine Anleihe bedenklich machen. Natürlich müssen Ausnahmen von diesem Principe gemacht werden, wenn eine politische Nothwendigkeit oder eine hohe politische Angemessenheit vorliegt. Eine solche Ausnahme würde ich für den vorliegenden Fall als begründet erkennen, und ich kann in dieser Beziehung dem verehrten Redner und dem, der nach ihm gesprochen hat, nicht beipflichten. Ich halte allerdings die politische Nothwendigkeit für begründet, namentlich aus den Gründen, die der königliche Kommissar mit bedeutenderen Worten auseinandergesetzt hat, als es mir möglich wäre.

Ich möchte hinzufügen: eine gewisse Sympathie würde mich zur Botirung der Anleihe bestimmen, und zwar eine Sympathie für meine Kollegen in der Provinz Preußen, die noch weit vollständiger und größer ist, als die jenes sächsischen Abgeordneten der Ritterschaft, der in ihnen auch angenehme und verehrte Kollegen erkannt hat. Ich glaube, wir haben Ursache, unsere ganzen Sympathien dieser Provinz zuzuwenden, von der der gesammte Staat den Namen führt, die im Jahre 1813 zuerst das Banner gegen die gemeinsamen Unterdrücker erhoben und das erste Landwehr-Regiment gebildet hat, unter der Führung eines ehrwürdigen Mannes, den wir an ihrer Spitze erblicken, einer Provinz, die vor sieben Jahren den ersten Lichtstrahl in die damals noch ziemlich dunklen Zustände unseres öffentlichen Rechtes geworfen hat, durch

Erinne
seligen
ehrten
gründe
samml
Einmü
den un
glaube
begeg
Symp
Inter
ständig
bedau
Verfar
glaube
wändig
ich mu
mus d
erwäh
sie wo
deszwe
eine 2

allgem
sind v
mit d
den, i
hat im
dieselb
den G
Rede
ternon
helfen.
Ansch
hier b
werden
Umsta
kann
nicht i
überha
Botun
die ich

glied
jenige
Gouv
Die G
gegan
die A
schuß
dama
wie si
gewes
für d
den s
ment
rantie
bauen
ment
Beg
gange
einsch
wie d

Erinnerung an die theuren Verheißungen Sr. Majestät des höchstseligen Königs; — wir haben Anlaß, unsere Sympathieen den verehrten Mitgliedern dieser Provinz zuzuwenden, die sich gewiß gegründete Anerkennung selbst ihrer politischen Gegner in dieser Versammlung erworben haben durch die Gesinnungen, wozu sie mit Einmüthigkeit sich bekennen; ich meine das lebendige Rechtsgefühl, den unabhängigen Freimuth und ihren hohen Patriotismus. Ich glaube nur der Ansicht aller Mitglieder dieser Versammlung zu begegnen, wenn ich dieses ausspreche. Ich sage, meine politischen Sympathieen würden mich, wenn es sich um ein so wesentliches Interesse der Provinz Preußen handelte, bestimmen, meine vollständige Unterstützung ihm zuzuwenden, und ich kann nur lebhaft bedauern, daß die Lage der Dinge, die kein Mitglied der hohen Versammlung verschuldet hat, noch so gestaltet ist, daß ich nicht glaube, mit meiner Pflicht vereinigen zu können, in dem gegenwärtigen Augenblicke mein Votum für die Anleihe zu geben, und ich muß, wenn ich das ausspreche, namentlich an den Patriotismus der verehrten Mitglieder der Provinz Preußen, dessen ich eben erwähnt habe, appelliren, wenn ich sie auffordere, zu erklären, ob sie wollen, daß in diesem Augenblicke für einen hochwichtigen Landeszwec, der zugleich ihr Provinzialzwec ist, Staatsmittel durch eine Anleihe verwendet werden?

Die Gründe, die mich abhalten, sind theils spezielle, theils allgemeine. Ich beginne mit den speziellen. Die speziellen Gründe sind von der Lage des Geldmarktes hergenommen, und da bin ich mit dem geehrten Mitgliede der sächsischen Ritterschaft einverstanden, namentlich in dem, was es von England gesagt hat. Man hat in England wegen der jetzigen Geldklemme Bedenken getragen, dieselbe dadurch zu vergrößern, daß man eine neue Anleihe auf den Geldmarkt werfe. Es ist im Gegentheil im Unterhause die Rede davon gewesen, sogar die Ausführung der von Privaten unternommenen Eisenbahnen zu sistiren, um der Geldklemme abzuwehren. Es scheint mir deshalb in diesem Augenblicke nach meiner Ansicht, obgleich ich glaube, daß sachverständigere Mitglieder sich hier befinden, die ein kompetenteres Urtheil darüber aussprechen werden, ein so bedeutender Schritt nicht angemessen. Auch der Umstand, daß die Anleihe auf mehrere Jahre vertheilt werden soll, kann mich nicht beruhigen, weil ich und alle andere Mitglieder nicht im Stande sind, die Eventualitäten der nächsten Jahre und überhaupt die Zukunft zu überschauen, und weil ich durch mein Votum nicht eine Zusicherung für die Zukunft eingehen möchte, die ich nicht übersehen kann.

Eben so bin ich damit einverstanden, was das erwähnte Mitglied gesagt hat, daß darin eine gewisse Ungerechtigkeit gegen diejenigen liege, die ihr Vertrauen auf die seitherigen Maßregeln des Gouvernements durch Zeichnung von Actien bethätigt haben. Die Eisenbahn-Actien sind in ihrem Course wesentlich zurückgegangen und würden noch weit mehr zurückgehen, wenn durch die Anleihe der Kapitalienmarkt überfluthet würde. Die Ausschuß-Protokolle sind nicht veröffentlicht worden, da man sich damals doch nicht derjenigen Oeffentlichkeit zu erfreuen hatte, wie sie jetzt stattfindet; das Publikum ist daher nicht im Stande gewesen, alle die Gründe zu würdigen, die vor den Ausschüssen für den Bau der Eisenbahnen aus Privatmitteln aufgestellt worden sind. So viel drängt sich indeß auf, daß das Gouvernement damals wesentlich das Prinzip verfolgte, nur Staatsgarantie zu gewähren und keine Bahnen aus Staatsmitteln zu bauen. Der Landtags-Kommissar hat gesagt, das Gouvernement wäre damals nicht im Stande gewesen, einen anderen Weg einzuschlagen. Das lasse ich dahingestellt, weil es der Vergangenheit angehört; ich muß es aber bestreiten, weil ich nicht einsehe, warum nicht auch damals eine solche Versammlung, wie die gegenwärtige, ins Leben zu rufen gewesen wäre. Aus

allen den Gründen, welche in den Ausschuß-Verhandlungen vorgekommen sind, würde ich es für besser gehalten haben, wenn der Staat von Hause aus die Eisenbahnbauten in seine Hand genommen und vermittelst einer Anleihe ausgeführt hätte. Da wir aber einmal den unangemessensten Weg eingeschlagen haben und das Geld-Publikum im Vertrauen auf die Weisheit der Staats-Regierung und die gewährten Garantien Eisenbahn-Actien gezeichnet hat, so scheint es mir eine Unbilligkeit, daß die Staats-Regierung jetzt mit der Privat-Speculation in Konkurrenz treten und eine Anleihe auf den Geldmarkt werfen will, die den Cours der Actien wesentlich herabdrücken muß. Es kommt noch dazu, daß viele Actien noch nicht eingezahlt sind und viele Eisenbahnen in einer kritischen Lage sich befinden, die noch kritischer würde und fast zur Auflösung dieser Gesellschaften führen müßte, wenn der Staat jetzt eine so bedeutende Anleihe von 24 bis 30 Millionen eröffnete.

Das ist der eine Grund; ich muß aber noch einen anderen Grund anführen und mich dabei von vornherein dagegen verwahren, als ob es irgend Absicht von mir wäre, auch nur irgend eine Persönlichkeit zu berühren. Ich weiß, daß die Versammlung, wie es auch natürlich ist, da unser parlamentarisches Leben noch ein sehr junges ist, in dieser Beziehung eine gewisse Empfindlichkeit besitzt, und ich möchte namentlich die verehrten Herren auf der Minister-Bank nicht irgendwie empfindlich verletzen. Ich glaube aber, daß, wenn man die Ehre hat, den Repräsentanten der Regierung einer europäischen Großmacht gegenüberzustehen, wie sie hinter mir sitzen,

(Heiterkeit.)

man auch das Recht habe, sie öffentlich zu kritisiren, und ich verwahre mich also im voraus vor der Absicht, als ob ich Persönlichkeiten zur Sprache bringen wollte. Ich würde die Sache nicht zur Sprache bringen, wenn sie in den Vereinigten Kurien vorgekommen wäre, sie ist aber bloß in der Drei-Stände-Kurie vorgekommen, und ich kann nicht annehmen, daß sie den verehrten und erlauchten Mitgliedern der Herren-Kurie vollständig bekannt sei. Ich meine den Fall von vorgestern. Wir haben leider gehört, daß der Herr Landtags-Kommissar die bedenklichen Worte „schwebende Schuld“ ausgesprochen hat, was den ehrenwerthen Abgeordneten für Berlin, dessen Lob auszusprechen überflüssig ist, da sein Charakter dazu zu hoch steht, in eine große Gewissens-Unruhe versetzt hat, die den größten Eindruck auf die ganze Versammlung hervorbrachte und vermöge seiner amtlichen Stellung hervorbringen mußte. Wir haben gehört, wie des Herrn Finanz-Ministers Excellenz auseinandergesetzt hat, daß zwar die Staatskasse nach der Ausschreibung der Banknoten dieselben an Zahlungsstatt annehmen muß, daß aber in Fällen wo die Bank zur Liquidation komme, sie von dieser Verpflichtung entbunden wäre.

Wir haben gehört, daß der Herr Justiz-Minister die Aeußerung gemacht hat, daß er mehrere Ober-Landes-Gerichte angewiesen habe, die Banknoten nicht in Zahlung anzunehmen, daß er also durch solche Verfügungen die Sicherheit derselben neutralisirt hat. Wir haben nachher gehört, daß der Herr Landtags-Kommissar dem Herrn Finanz-Minister widersprach und daß er die Voraussetzung aussprach, daß der Herr Finanz-Minister diese Aeußerung zurücknehmen würde; daß ferner der Herr Landtags-Kommissar, dem wir die schöne Aeußerung verdanken, daß das Gouvernement ein gutes Gewissen habe, die Versammlung veranlassen wollte, diesen Theil des Vorganges in den öffentlichen Verhandlungen zu unterdrücken, und auf die sehr richtige Bemerkung derjenigen Mitglieder, welche dem Handelsstande angehören, diesen Antrag zurücknahm, und daß wir auf deren Wunsch die Debatte selbst ruhen ließen. Das sind Um-

stände und Zustände, die mir die allerbedenklichsten zu sein scheinen. Die ganze Versammlung wird davon durchdrungen sein, daß solche Aeußerungen Nachtheile für den öffentlichen Kredit haben müssen. Wenn diese zarte Pflanze, der öffentliche Kredit, auf so wenig rücksichtsvolle Weise vor einer Versammlung von 500 Personen behandelt wird, so glaube ich gerechte Bedenken haben zu müssen, in solcher Zeit dem Kredit des Staats durch mein Votum eine weitere Folge zu geben durch Bewilligung einer Anleihe, die den Zustand noch bedenklicher machen kann.

Ich glaube, daß, wenn auch diese Gründe nicht vorlägen, die Abtheilung, welcher ich übrigens keinen Vorwurf machen will, mehrere wesentliche Gesichtspunkte nicht gründlich erwogen hat. Hierzu zähle ich zunächst die Prüfung des Finanz-Etats. Ich glaube, daß bei einer früheren Diskussion, der ich nicht beigewohnt habe, diese Frage gründlich erörtert ist, und daß die Vorlage desselben als durchaus unvollständig betrachtet wurde. Darauf ist von Seiten der verehrten Vertreter der Krone bemerklich gemacht worden, daß einzelne Abtheilungen, denen solche Fragen zur Erörterung vorlägen, auch die Befugniß und die Verpflichtung besäßen, sich vollständig von dem Finanz-Etat zu unterrichten. Ich vermisse diese Erwägungen gänzlich in dem Gutachten der Abtheilung, insofern man nämlich nicht auf die Frage eingegangen ist, ob andere Titel des Etats vielleicht bereitete Mittel darbieten, woraus für die Eisenbahn außer dem Eisenbahn-Fonds noch andere Fonds in Anspruch genommen werden können. Diese Frage ist in dem Gutachten, so weit ich dasselbe aufgefaßt habe, ganz mit Stillschweigen übergangen. Wenn ich nach bloßer Durchsicht des Haupt-Finanz-Etats auch nicht darüber urtheilen will, so scheinen mir doch solche Titel vorhanden zu sein, z. B. der Pracht-Bau-Fonds, der nur für Verschönerungs-Zwecke der Hauptstadt bestimmt ist, welche jedenfalls zurückstehen müssen, so lange es sich um Erfüllung von Landeszwecken handelt, die der Herr Landtags-Kommissarius als die erheblichsten und wichtigsten mit Recht bezeichnet hat. Dies wäre einer von den Titeln, der sich Jedem aufdrängt, während ich dahingestellt sein lassen will, ob noch andere Titel existiren, die die nöthigen Mittel zu der in Rede stehenden Anlage gewähren. In dieser Hinsicht hat also die Abtheilung diese Angelegenheit nicht gründlich erwogen. Es kommt noch hinzu, daß die Kostenanschläge bei Eisenbahnbauten bekanntlich sehr unsicher sind. Wir haben bis jetzt keine Eisenbahn ausführen sehen, wo mit den veranschlagten Kosten ausgereicht wäre. Um so unerlässlicher erscheint es, daß, wenn es sich um Bewilligung einer neuen Anleihe handelt, die Frage erwogen werde, ob der Kostenpunkt gründlich erörtert ist, und es würde nach meiner Ansicht die Aufgabe der Abtheilung gewesen sein, nicht bloß auf die technischen Raisonnements der Techniker des Gouvernements sich zu beschränken, sondern ihrerseits Techniker zuzuziehen und deren Gutachten in gründliche Erwägung zu nehmen.

Ich bescheide mich wohl, daß eine solche Frage in einer Versammlung von 600 Personen nicht erwogen werden kann, aber ich glaube, daß es die Pflicht der Abtheilung gewesen wäre, sie um so gründlicher in Erörterung zu ziehen. So lange ich nicht weiß, ob man mit den Mitteln ausreichen werde, so lange kann ich nicht wissen, wie ich votiren soll, denn wir haben ja von 22 Millionen, von 34 Millionen und, was weiß ich, sonst noch gehört. Es ist mir daher ganz ungewiß, ob mit diesen Mitteln auszureichen ist, und vollends der Fonds zur Unterstützung anderer Eisenbahnen noch Mittel gewähren wird.

Was die Unterstützung dieser letzten Eisenbahnen betrifft, so ist dies ein Moment, was vielleicht einen Theil der Versammlung, welcher dabei theilhaftig ist, in Rücksicht der Lokal-Interessen veranlassen könnte, der Sache eine günstigere Beurtheilung zuzuwenden. Namentlich ist bei mehreren derartigen Eisenbahnen die Pro-

vinz Westphalen wesentlich theilhaftig. Es ist mir mehrfach, namentlich von Mitgliedern der Rhein-Provinz, die vorzugsweise Beachtung provinzieller Standpunkte vorgeworfen worden. Ich habe es bis jetzt für überflüssig gehalten, darauf zu antworten, weil ich glaubte, daß sich im Laufe der Verhandlungen hinlängliche Momente finden würden, diese Ansicht durch mein parlamentarisches Verhalten zu widerlegen. Ich bin der Meinung, daß die provinziellen Interessen immer zurücktreten müssen, wo sie mit den allgemeinen Landes-Interessen kollidiren. Wo aber von keinem allgemeinen Landes-Interesse die Rede ist, wo es sich vielmehr um einen allgemeinen Grundsatz der Gerechtigkeit, der auf alle Provinzen gleich angewendet werden muß, handelt, da glaube ich, müssen auch die Provinzial-Interessen beachtet werden. Von diesem Grundsatz lasse ich mich leiten, und von diesem Standpunkte aus muß ich erklären, daß das Provinzial-Interesse Westfalens bei dieser Frage für mich nicht vorhanden ist. Ich füge hinzu, damit es nicht scheine, als ob ich und die anderen Mitglieder etwa glauben, ein enormes Opfer zu bringen, daß die Ansichten, welche das Gouvernement geleitet haben, für mich nicht geltend sind. Ich bin der Ansicht, daß, wenn die Versammlung sich nicht entschließen sollte, ihre Zustimmung zu der Anleihe zu geben, dann doch der Ausweg, welchen der Herr Finanz-Minister angedeutet hat, nämlich die Eisenbahn aus den Ueberschüssen des laufenden Eisenbahn-Fonds zu bauen, aus technischen Gründen nicht möglich ist, und ich glaube nicht, daß eine Eisenbahn in 18 Jahren rückweise erbaut werden kann. Wenn die Anleihe nicht bewilligt wird, so folgt daraus nach meiner Ansicht nur, daß das Gouvernement einen anderen Zeitpunkt, namentlich in Rücksicht auf den Geldmarkt, abzuwarten haben dürfte, nicht aber die Bahn stückweise anzufangen. Ich bin weiterhin der Ansicht, daß die Unterstützungen des Staates für die Eisenbahnen nur von sehr untergeordneter Rücksicht sind, insofern sie sich auf die baare Unterstützung und nicht auf die Garantie erstrecken. Die Hauptsache bleibt vielmehr immer die, dem Geldmarkt Ruhe zu lassen, so daß, wenn diese neue Konkurrenz nicht geschaffen wird, die Gelegenheit sich finden wird, daß die Actionaire, wo sie mit ihren Zahlungen in Rückstand geblieben sind, dieselben leisten können. Wie gesagt, ich lasse mich durch solche provinzielle Rücksichten nicht bestimmen, ich lasse mich in diesem Falle nur durch allgemeine Rücksichten leiten, und da muß ich auf den Punkt zurückkommen, der mir bei der ganzen Frage der erheblichste zu sein scheint.

Es hat uns der Königl. Kommissar gesagt, daß die Stände sich immer in der Lage befinden würden (im Gegensatz zu der Aeußerung des Mitgliedes aus der Niederlausitz), in künftigen Fällen ihre Zustimmung zu Bewilligungen für die Eisenbahnen ertheilen zu können. Ich glaube, daß diese Aeußerung des Königl. Kommissars nicht ganz im Einklange ist mit dem, was wir früher aus demselben verehrten Munde gehört haben. Es ist uns früher gesagt worden, daß die Garantien für Eisenbahnen nicht zu den Staatsschulden gehören, wozu die ständische Zustimmung nöthig wäre, sondern daß unter letzteren nur Darlehne begriffen wären. Ich frage also, wenn diese Aeußerung des Königl. Kommissars richtig wäre, was ich jedoch durchaus bestreite, wenn es namentlich die Ansicht des Gouvernements und der Krone wäre, — warum sich dann der Staat nicht immer in der Lage befinden würde, durch Garantien für Eisenbahnen den Kredit aufs äußerste in Anspruch zu nehmen? Denn diese Garantien müssen doch eventuell auch erfüllt werden; sie sind uns ja selbst als ein erhebliches Moment dargestellt worden; sie sind uns bei Berechnung des disponiblen Eisenbahn-Fonds in der Denkschrift in Abzug gebracht worden. Hierteil will ich beiläufig erwähnen, daß dieser ganze Eisenbahn-Fonds nur auf dem Papiere existirt.

(Die Fortsetzung folgt in der Beilage.)

Es ist zwar gesagt worden, der Fonds, der jetzt nur etwa 1,200,000 Rthlr. beträgt, werde sich jährlich um 50,000 Rthlr. vermehren und bis auf 2 Millionen anwachsen. Es ist nur ein Unglück, daß alle diese Voraussetzungen der Zukunft angehören, daß sie daher auch weit ungünstiger ausfallen können und somit die ganze Basis der Berechnung in Staub zerfällt.

Der allgemeine Standpunkt, auf den ich jetzt übergehen will, ist die unsichere Lage, in der wir uns in Beziehung auf den Rechtszustand befinden. Wir haben uns die ganze vorige Woche damit beschäftigt und Petitionen darauf gebaut an Se. Majestät den König, deren Schicksal uns noch ganz unbekannt ist; wir können selbst ihr Geschick für den Verlauf der nächsten Tage nicht wissen; wir wissen nicht, in welcher Form sie aus der Herren-Kurie hervorgehen werden, obwohl ich damit dem Zwei-Kammer-Systeme keinen Vorwurf zu machen denke, und ob sie überhaupt zur Entscheidung Sr. Majestät des Königs gelangen werden. Wenn dieser bedenkliche Fall eintreten würde, so würde bei der Rechts-Unsicherheit, in der ich mich, und mit mir viele andere Mitglieder, zu befinden glaube, die Lösung in eine ganz ungewisse Zukunft verschoben werden; und bei einer solchen Sachlage glaube ich mich nicht im Stande zu befinden, für ein Darlehn, für irgend einen Schuld-Titel meinerseits mein Wort abzugeben. Es giebt Lagen in dem öffentlichen Leben der Staaten, wo der Patriot sein Haupt verhält, in sein Inneres zurückgeht und den festen Entschluß faßt, nur der inneren Stimme zu folgen, welche ihm zuruft: „Thue recht und scheue Niemand!“ In einem solchen Momente befinden wir uns jetzt; wir wissen nicht, was die Zukunft uns bringen wird, und haben daher nur den gegenwärtigen Moment ins Auge zu fassen. So lange nicht die Uebereinstimmung der gegenwärtigen Gesetzgebung, die das Datum des 3. Februar trägt, mit den Gesetzen vom Jahre 1820, die in derselben Gesetz-Sammlung abgedruckt sind, hergestellt ist, so lange ferner die Stände der nothwendigsten Grundlage entbehren für die Erhaltung ihrer Rechte, der Grundlage, daß, wie es stets in Deutschland Rechtens gewesen ist, ihre Rechte nicht alterirt werden können ohne ihre ausdrückliche Zustimmung, so lange werde ich mein Wort nicht abgeben für die Bewilligung irgend eines Darlehns zu Gunsten des Staates.

Die Erinnerung des Redners an die in der Drei-Stände-Kurie stattgefundene Enthüllung über schwebende Schuld und über die nicht garantirte Garantie der neuesten Bankscheine, welche in Depositorien nicht angenommen werden dürfen, gab zu einer kurzen gegenseitigen Erklärung zwischen dem Redner einer- und dem Kommissar, dem Minister Uhdn und dem Abtheilungsreferenten andererseits Anlaß. Der Abg. v. Saucken sprach in glühender Vaterlandsliebe über das Streben der Preußen an der Ostsee mit den Preußen an der Spree, Elbe, an der Saale und am Rhein in engerm Verband zu treten und wies Verdächtigungen und Zweifel an der Steuerfähigkeit und physischer wie moralischer Kraft der Provinz mit Entrüstung zurück. Er beklagte, daß Preußen gegen die andern Provinzen wie ein verlorener Posten behandelt werde. Während in Sachsen 1 Meile Chaussée auf 3 Quadratmeilen kämen, hätte Preußen kaum 1 Meile auf 10 Quadratmeilen, und während alle übrigen Provinzen bereits Eisenbahnen hätten, würden in Preußen erst die nothwendigsten Chaussées angelegt. »So schon zurückgesetzt — frage ich Sie, meine Herren — wollen Sie uns auch noch die Hauptlebensader allen Verkehrs, deren Sie sich vielfach erfreuen, auch noch in der Eisenbahn unterbinden? Ich befürchte es nicht und habe mit großer Befriedigung erkannt,

daß die Staatsregierung mit einer solchen Entschiedenheit und Sorge die Möglichkeit, ja die Nothwendigkeit des Baues der Eisenbahn von allen anerkannt und hervorgehoben hat. Je mehr ich dieses freudig wahrgenommen, desto mehr schmerzt es mich, daß ich diesem Vorschlage — der nicht den Eisenbahnbau nach Preußen erst bestimmen, sondern ihn nur beschleunigen, und also den Nutzen, den andre Provinzen schon genießen, nur schneller auch für Preußen herbeiführen und der den Vorwurf abweisen soll, daß durch die Verzögerung des Baues unendliche Summen verloren gehen, welche hätten gewonnen werden können; — daß ich einem solchen Vorschlage entgegentreten muß, nicht, weil ich eine hohe Versammlung und mich selbst nicht für befugt zur Bewilligung einer Anleihe halte, — nein, denn durch die Berufung des Vereinigten Landtages sind wir die Reichsstände, welche diese Befugniß haben, sondern weil ich mich nicht dazu fähig halte, so lange nicht eine genaue Einsicht in den Staatshaushalt zugestanden und dadurch die Ueberzeugung zu erlangen ist, daß der Zweck auf keinem andern Wege erreicht werden kann, so lange nicht die Periodicität des Vereinigten Landtags ausgesprochen und meine Bedenken gehoben sind. Aus diesen Gründen muß ich mich auch bei der großen Möglichkeit der Sache dagegen erklären, denn ich muß es sagen, wenn ich auch alle Hütten meines Landes durch die Bewilligung des Anlehns zu Schlössern verwandeln könnte, so würde ich in dem Glauben, daß mit leichtem und ruhigem Gewissen es sich glücklicher und behaglicher in einer Hütte, als mit einem beschwerten im Palaiste selbst wohnen läßt, dagegen stimmen.« Der Abg. von Bismarck-Schönhausen nannte diejenigen, welche den Wünschen des Gouvernements entgegen sind und sich nicht in der Lage befinden, eine Anleihe zu bewilligen, eine Parthei, welche das Recht der Anleihe-Bewilligung als ein Zwangsmittel anwende, die Regierung zur Anerkennung ständischer Rechte zu nöthigen. Bürgermeister Sperling aus Königsberg führte an, seit 1820 wäre die Staatsschuld um die Hälfte vermindert und die Jahreseinnahme des Staats um 10 Mill. gewachsen; während also die Ausgabe gefallen, die Einnahme gestiegen sei, gestehe die Regierung doch, mitten im Frieden, daß sie unvermögend sei, ohne Anleihe ein Werk für 30 Mill. herzustellen. Er stimmte gegen die Anleihe. Graf v. Frankenberg wies nach, daß die ganze in dem Gutachten wie in der ministeriellen Denkschrift ausgeführte Rechnung sich auf nichts als Wenn und Aber, also auf Hypothesen gründe, und daß die Vorlage der Regierung nicht vorbereitet genug erscheine, um ein Urtheil darüber zu fällen und eine Anleihe zu bewilligen. Graf v. Helledorf aus Wolmirstedt sprach sich in Rücksicht der Dringlichkeit des Bahnbaues für eine partielle Bewilligung des Anlehns aus. Bürgermeister Bier stimmte für die Anleihe, verlangte aber Kontrolle der Stände über die Verwendung. Nachdem nun noch die Abgeordn. v. Jedlig, v. Brünneck und Offermann gegen die Anleihe, Diergardt, der Schulze Kössler, Graf v. Finkenstein und Fürst Reuß für den Bau der Bahn gesprochen, erwiderte v. Auerswald auf die Ansichten und Meinungen der ritterschaftlichen Abg. Graf v. Sneydenau und Bismarck-Schönhausen Folgendes:

Ich bedaure sehr, ganz wider meinen Wunsch und, ich darf wohl behaupten, wider meine Gewohnheit, mich zunächst gegen Angriffe vom provinziellen und selbst persönlichen Standpunkte aus

verteidigen zu müssen. Ich habe nicht geglaubt, daß ich in dieser Versammlung je in die Lage kommen würde, vom provinziellen Standpunkte aus zu sprechen; denn ich habe nicht geglaubt, daß es hier, für uns, ein anderes Preußen gebe, als das zwischen dem Rheinen und der Saar. Es hat aber ein Mitglied der Ritterschaft aus der Provinz Sachsen, ganz abgesehen von der Eisenbahnfrage und abgesehen von deren Verhältnis zur Provinz Preußen, die Verhältnisse dieser Provinz, der ich anzugehören stolz bin, in einer Art und Weise berührt, die einer Antwort bedarf, wenn sie nicht zu immer weiter wuchernden Mißverständnissen Veranlassung geben soll. Manches von dem, was ich hierüber hätte sagen können, ist bereits durch ein Mitglied der Ritterschaft aus Preußen erledigt. Ich beschränke mich daher auf die Anführung einer Thatsache. Diese Äußerungen des Mitgliedes der sächsischen Ritterschaft, auf deren Müancirungen ich nicht eingehen will, so erheiternd sie mitunter auch waren, weil mir die Sache viel zu ernst ist, waren die, welche als Resultat herausstellten, daß die Provinz Preußen dem übrigen Staate gegenüber ein nur empfangender und hinnehmender, kein dafür Ersatzgewährender und das Empfangene in genügendem Maße erstattender Theil des Ganzen sei. Es sind dies Äußerungen, die, weil sie seit einiger Zeit oft gemacht werden, schmerzlich berühren und wirklich anfangen, langweilig zu werden. Sie verbreiten sich wie ein Wuchergewächs von Ort zu Ort, ja sie sind sogar, zu meiner Verwunderung, bis zu dem Mitgliede der sächsischen Ritterschaft gedrungen, welches doch andererseits bisher von dieser Provinz so wenige Notiz genommen hat, daß es glauben kann, die Eisenbahn, welche Se. Majestät der König bauen lassen will, werde außer der Aufgabe, die Abgeordneten dieser Provinz zum Landtage zu befördern, kaum einen andren Zweck erfüllen. (Zeichen theils des Beifalls, theils des Mißfallens.) Die Provinzialstände von Preußen haben, wie schon erwähnt ward, veranlaßt, daß eine Kommission, gebildet aus Ständen und Beamten, zur Prüfung der Lage der Provinz zusammentrat. Ähnliche, wie die erwähnten Äußerungen, haben die ständischen Mitglieder dieser Kommission veranlaßt, an den Vorsitzenden, den Ober-Präsidenten der Provinz, folgenden Antrag zu stellen: Es würde mit Schmerz und Bedauern vermerkt — das sind ungefähr die Worte, — daß manche Verwendungen, die Se. Majestät der König seit den letzten Jahren in reichlichem Maße der Provinz zu Gute kommen ließen, so betrachtet und angesehen würden, als wären dieselben ganz unverhältnißmäßige Opfer, welche der Staat der Provinz Preußen in einem anderen Provinzen fremden Verhältniß bringen müsse, als erwachse aus denselben dem Staate eine Last, welche dem Vortheil nicht entspreche, als bilde die Provinz gewissermaßen einen bleibenden Nothstand des Landes. Diese Auffassung veranlasse die ständischen Mitglieder der Kommission zu der ausdrücklichen Bitte an den Herrn Ober-Präsidenten, er möchte die höchsten Staats-Behörden veranlassen, eine Zusammenstellung über das, was seit längerer Zeit von der Provinz Preußen in die Staatskasse fließe, und was die Staatskasse ihr gewähre, in der Art anfertigen zu lassen, daß man die Wahrheit oder Unwahrheit einer solchen Ansicht, welche man in der Provinz nach bester Ueberzeugung und nach Kenntniß der Sachlage für vollkommen ungegründet halte, erkenne und so hoffentlich den drückendsten Vorwurf zurückweisen könnte, der eine Provinz, dem Staate gegenüber, treffen kann.

Ich ersuche das geehrte Mitglied der sächsischen Ritterschaft, bis dahin, daß dieser Antrag erledigt ist, sein ferneres Urtheil zu suspendiren. Ein anderes Mitglied der sächsischen Ritterschaft hat wiederum von einer Partei gesprochen und dieser Absichten und Gesinnungen vindizirt, die jedenfalls verlegend für dieselben erscheinen müssen. Da unter dieser Partei, nach den unzweifelhaften Äußerungen des Redners, keine andere Mitglieder der

Versammlung gemeint sein können als die, welche auf die Ergänzung der Uebereinstimmung der früheren Gesetze mit den neueren wiederholt angetragen haben, da es offenbar dieselben sind, denen gegenüber er in voriger Woche vielfältig gestimmt hat, und ich zu diesen Mitgliedern gehöre, die man eine Partei nennt, was ich aber zurückweise; so glaube ich, daß ich eben so gut, wie jeder Andere, hier das Recht habe, die Sache aus dem persönlichen Gesichtspunkte aufzufassen. Ich muß aber sagen, daß ich nicht recht absehe, wie ich es machen soll, dies Recht mit Erfolg wahrzunehmen, daß ich mich wirklich in Verlegenheit deshalb befinde. Es ist nämlich auf dem Felde, ich bitte dies Wort nicht übel zu deuten, auf dem Felde der Verdächtigung der Kampfplatz eröffnet. Es ist dies aber ein Feld, ein Kampfplatz, auf dem ich mich nicht ebenbürtig fühle. Es heißt irgendwo, ich glaube im west-östlichen Divan:

„Soll ich Dir die Gegend zeigen, mußt Du erst das Dach besteigen.“

Ich, meine Herren, bin aber außer Stande, mit dem geehrten Herrn das Dach zu besteigen, von welchem herab derselbe einen so trüben Blick in die Absichten eines Theils der Versammlung thut; ich bin außer Stande, den Blick in die Gegend innerer Gesinnung zu richten, wohin er seinen Blick gewendet hat. — Ich muß also diesmal mich nur auf den einen Wunsch beschränken, daß wir uns einander mehr achten mögen! (Stürmisches Bravo!)

Zur Sache selbst mich wendend, muß ich Alles, was über die Nützlichkeit und Nothwendigkeit der preussischen Ostbahn gesagt ist, mit vollster Ueberzeugung, mit wahrhafter Dankbarkeit anerkennen, namentlich das, was der Herr Königliche Kommissar uns gesagt hat. Ich thue dies in einem solchen Maße, daß ich aufrichtig und mit Bestimmtheit versichern kann, daß ich kein Opfer kenne, zu dem ich berechtigt bin, welches ich diesem Zwecke nicht bringen möchte. Ich muß jedoch daran erinnern, daß es für einen seiner Ueberzeugung getreuen Menschen Opfer giebt, die er zu bringen nicht berechtigt ist. Ich halte die hohe Versammlung, wie vor mir schon viele Redner gethan haben, für vollkommen berechtigt und befugt, diese Anleihe zu bewilligen. Ich glaube aber, daß ich meinestheils diese Befugniß nur dann ausüben kann, diese Befugniß nämlich, vermittelt welcher ich eine Verantwortlichkeit für Andere, Lasten und Pflichten für Andere übernehmen soll, daß ich diese nur dann ausüben und in die Anleihe willigen kann, wenn mir die Mittel zu Gebote stehen, der Verpflichtung, welche ich im Namen Anderer übernommen habe, gewissenhaft und vollständig nachzukommen. Ich bin weit entfernt davon, zu wiederholen, was über diesen Gegenstand bereits genügend gesagt ist; ich kann mich einfach darauf beschränken, daß, so lange dem Landtage die regelmäßige Wiederkehr nicht zugesichert ist, so lange ihm nicht bei jeder Wiederkehr die Kenntniß und zwar die genaue Kenntniß des Staatshaushalts zugesichert ist, ich mich nicht fähig fühle, im Namen Anderer, im Namen des Landes diese Befugniß auszuüben. Ich will gewiß Niemanden zu nahe treten, der eine andere Gesinnung hat; wenn ich aber bei meiner Ueberzeugung, von meinem Standpunkte aus in die Anleihe willigen sollte, würde ich nichts mehr und nichts minder thun, als ein nicht gerechtfertigtes Mittel zu einem guten Zweck gebrauchen. Das ist ein Grundsatz, zu dem ich mich nicht bekennen kann, unverändert getreu einem der schönen Wahlsprüche unseres Königshauses: *sincere et constanter.*

(Stürmisches Bravo.)

(Schluß folgt.)

Das 23ste Stück der Gesetz-Sammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält: unter

- Nr. 2850. Die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 14. Mai d. J., betreffend die den Kreisständen des Königsberger Kreises in der Neumark in Bezug auf den Bau mehrerer Kreis-Chauffeen bewilligten fiskalischen Vorrechte;
- „ 2851. von demselben Tage, betreffend die der Stadt Ellrich in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung einer Chauffee von Ellrich bis zur braunschweigischen Landesgrenze in der Richtung auf Sorge bewilligten fiskalischen Vorrechte;
- „ 2852. vom 28. desselben Monats, betreffend die der Stadt Mühlhausen und den Gemeinden Groß- und Klein-Grabe in Bezug auf den Bau und die Unterhaltung der noch unchauffierten Strecke von Mühlhausen auf Sondershausen bis zur Landesgrenze bewilligten fiskalischen Vorrechte; und
- „ 2853. vom 9. Juni d. J., die Beseitigung der Zweifel über die Auslegung des §. 33 der Bank-Ordnung vom 5. October 1846 wegen Annahme der Noten der preussischen Bank bei öffentlichen Kassen betreffend.

Berlin, den 14. Juni 1847.

Gesetz-Sammlungs-Debits-Comtoir.

Berlin, d. 14. Juni. Se. Hoheit der Herzog Georg von Mecklenburg-Strelitz ist von Neu-Strelitz, und Se. Excellenz der General der Kavallerie und General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers von Rußland, von Knorring, von St. Petersburg hier angekommen. — Se. Excellenz der General-Lieutenant und General-Inspekteur des Militair-Unterrichts- und Bildungswesens der Armee, Kühle von Lilienstern, nach Gastein von hier abgereist.

△ **Berlin**, d. 12. Juni. Obwohl nicht zu leugnen steht, daß das Interesse des Publikums an den ständischen Verhandlungen fortwährend im Wachsen ist, so scheinen die Stände selbst das Interesse daran, oder doch den Eifer dafür mehr und mehr zu verlieren. Wenigstens werden die Bänke immer lückenhafter, und die Bezeichnung »fehl« in den namentlichen Stimmlisten verräth, wie Viele es bereits vorgezogen haben, an die Stelle der gesetzgeberischen wieder die alltägliche Berufs-Thätigkeit treten zu lassen. Man kann etwa rechnen, daß hundert Deputirte abgereist sind, während fünfzig andere ihre Stellvertreter hierher citirten. Namentlich hatte sich die Herrenkurie in den letzten Wochen sehr stark decimirt, ist aber fast vollzählig wieder eingerückt, da es sich gegenwärtig darum handelt, die in der Stände-Kurie bereits angenommenen sogenannten Verfassungs-Petitionen zu berathen. Im Allgemeinen leidet es kaum noch einen Zweifel, daß die Herren-Kurie, wenn auch mit gewissen Modifikationen, der letzteren gleichfalls beitreten wird. Was nun den Schluß des Landtages anbetrifft, so scheint daraus gegenwärtig eine sehr ernstlich erwogene Frage gemacht zu werden. Daß die Geschäfte bis zum 19. auf keine Weise erledigt werden können, und eben so wenig dann, wenn, wie ein neues Gerücht sagt, der Landtag bis zum 25. oder selbst bis zu Ende des Monats ausgedehnt werden solle, ist einleuchtend. Andererseits sträuben sich die Deputirten, namentlich die zahlreiche Klasse der Landwirthe, selbst gegen solche Verlängerung immer lebhafter und kehren zu dem früheren Gedanken einer Vertagung zurück. Es scheint hierin das einzige Auskunfts-Mittel zu liegen, und der Verwaltung wird doch nichts übrig bleiben, als darauf einzugehen. Wir haben Grund zu glauben, daß man die Sache vielleicht schon in den nächsten Tagen zum Gegenstande einer Kammerinterpellation machen und dabei proponiren wird, wenn auch nicht gerade zum 19., doch so bald zu schließen,

als es die vielleicht im Augenblick schwebenden Fragen irgend gestatteten und die Deputirten demnächst zum Spätherbst wieder einzuberufen.

Der Stand der Nahrungsmittel behauptet sich leider noch immer auf einer bedauerlichen Höhe. Die Meze Kartoffeln kostet 3 Sgr. (sonst vielleicht 1 Sgr.) und das Korn schlägt trotz der verkündeten großen Zufuhren nur sehr langsam ab. Dazu ist der Gesundheitsstand ein sehr unerwünschter. Insbesondere grassiren die kalten Fieber in einer ganz unerhörten Zahl und Hartnäckigkeit. Die Temperatur ist auffallend kalt und unfreundlich. Auch die allgemeine Verdienstlosigkeit will der doch sonst gewöhnlich regeren Arbeitszeit des Sommers nur wenig weichen. Sehr viel hängt für die Industrie vom Ausfall der nunmehr bevorstehenden Wollmärkte ab, worüber wir demnächst Genaueres mittheilen werden.

Wir haben schon früher einmal einer Ausgabe der Landtagsverhandlungen gedacht, welche mit einer Gallerie von Portraits der ausgezeichnetsten Landtagsmitglieder geziert werden soll. Davon sind so eben die ersten drei Hefte in trefflicher Ausstattung erschienen. Der Herausgeber Dr. Woeniger ist außerdem für einen besonders korrekten Text besorgt gewesen und hat zu dem Ende die Deputirten in einem Rundschreiben um Berichtigung der stenographischen, bekanntlich oft sehr fehlerhaften Aufzeichnungen ersucht. Den Berichtigungen, welche sehr zahlreich eingegangen sind, soll sich zwar die Censur widersetzt haben und selbst eine desfallige Kammerinterpellation des Herrn Hansemann an den Minister des Innern ist erfolglos geblieben; allein der Herausgeber wird die Berichtigungen nun in besonderen Notizen aufnehmen und dadurch völlig nutzbar machen. Es ist dies besonders zu Anfange wichtig, wo einzelne Reden geradezu unverständlich sind. Zum Schluß des Werkes wird der Herausgeber eine kurze kritische Geschichte des Landtages, seiner inneren Bildungsmomente und seiner Einwirkungen nach außen geben.

Halberstadt, d. 11. Juni. Nachdem eine Immediat-Eingabe einer Anzahl Mitglieder der hiesigen Martini-Gemeinde vom 3. März d. J., in Betreff der Berufung des Pastors Wislicenus zu Hedra nach Halberstadt, durch eine Kabinetts-Ordre Sr. Majestät des Königs abschläglich beschieden worden war, traten am 9. d. die Entschiedenen dieser Mitglieder in der Wohnung des Buchdruckerbesizers F. W. Wenig zusammen und bildeten eine vom Kirchenregiment unabhängige evangelische Gemeinde, die sich unter den Schutz des königl. Patents vom 30. März d. J. zu stellen beabsichtigt. Die daselbst beschlossene Erklärung lautet folgendermaßen:

»Da nach unserer Ueberzeugung die evangelische Kirche, wenn man dem Geist, aus dem sie geboren ist, treu bleiben will, nicht nur nicht rückwärts geführt werden darf, sondern vielmehr die von ihrem Wesen nothwendig geforderte freie Verfassung bekommen muß, in welcher sie ihr Leben nach allen Seiten hin ausbilden und entwickeln kann, die evangelische Landeskirche Preußens aber im Gegentheil von Tag zu Tag gebundener erscheint und wir uns selbst in der Geltendmachung unserer Ueberzeugung thatsächlich in ihr gehindert sehen, so weisen wir der äußern Macht und verlassen die Landeskirche, nicht aber die evangelische Gesamtkirche, indem wir uns zu einer vom Kirchenregiment unabhängigen evangelischen Gemeinde vereinen. Als den Kern des Evangeliums erkennen wir nicht die Wunderwelt und die übrigen Vorstellungen einer längst vergangenen Zeit (und die sonstigen jüdischen Vorstellungen), von denen es in den alten Urkunden umgeben ist, sondern vielmehr

den geistigen und bewegen allgemein menschlichen Gehalt desselben, nämlich die Freiheit von allem äußerlich Bindenden in der Religion und dadurch von Irthum und von Sünde, und die Liebe gegen alle Menschen. Jene Freiheit kommt aus der Erkenntniß der Wahrheit und wächst durch den Fortschritt dieser Erkenntniß. Diese Liebe kann sich nur im Bunde mit jener Freiheit, indem diese nicht nach bestimmten religiösen Vorstellungen und Lehrsätzen fragt, sondern eine geistige Richtung ist, wahrhaft entfalten und ungehindert zur That werden. Freiheit und Liebe sind also der Geist des Evangeliums, den die evangelische Gemeinde immer reiner zu erfassen und immer völliger in alle Lebensverhältnisse einzuführen bestrebt sein muß. Eine solche auf stete Vervollkommnung gerichtete Arbeit ist eine allgemeine und rein menschliche, und so kann und darf sich dieselbe nicht von dem Leben und Streben der Menschheit trennen, sondern muß, sich daran bethelligend, das Wahre suchen, ergreifen und fördern. Demnach muß die evangelische Gemeinde nothwendig die Gemeinde des Fortschritts sein, wenn sie ihr Wesen nicht verläugnen will. Das sind die Grundsätze, die wir bekennen; das Leben und Streben in ihnen ist der Geist, der uns einigt. Ihn, und zwar ihn allein erkennen wir als nothwendig zum Heile der Menschen. Jeder, der in diesem Geiste leben will, ist uns in unserm Bunde willkommen, denn ein Festhalten an bestimmten Glaubenssätzen und religiösen Gebräuchen verlangen wir nicht. Um aber den Glaubensstandpunkt, auf dem wir im Allgemeinen jetzt stehen, näher zu bezeichnen, stellen wir, ohne den Einzelnen dadurch beschränken und binden zu wollen, folgende Sätze auf: Wir glauben an Gott, den heiligen Vater aller vernünftigen Wesen, den ewigen Urquell alles Lebens. Wir glauben an Jesus, der um seiner Göttlichkeit in Gesinnung und That willen, nicht durch seine Geburt, vorzugsweise der Sohn des ewigen Vaters ist und durch die von ihm errungene, in Wort und That kundgegebene weltüberwindende Macht der Wahrheit, Freiheit und Liebe zum Weltheilande geworden ist. Wir glauben an den heiligen Geist als den von Gott ausgehenden und in Jesus herrschenden Geist der Wahrheit, Freiheit und Liebe, der die Menschheit noch heute durchweht und sie für immer in dem echten beglückenden Leben fördert. Wir glauben, daß dieser Geist, so sehr er auch bisweilen durch Irthum oder böse Absicht niedergehalten wird, doch zuletzt als Herr Alles richtet, und Jedem, der ihn in sich pflegt, die Bürgschaft ewiger Fortdauer ist. Mit Berufung auf alles Vorhergehende erklären wir uns durch Namensunterschrift als Mitglieder der heute hier zusammengetretenen, vom Kirchenregiment unabhängigen evangelischen Gemeinde. Halberstadt, den 9. Juni 1847.« (Folgen die Unterschriften.)

Düsseldorf, d. 8. Juni. Die Verhandlung über die Maafregeln, welche die Gräfin v. Hagfeld gegen ihren Gemahl in Folge des von diesem erhobenen Ehescheidungsprozesses ergriffen, findet morgen vor unseren Gerichten statt. Dieselbe erschien nämlich während der Pfingsttage in seiner hiesigen Wohnung sowie auf Schloß Calcum mit einigen Beiständen und ließ gerichtliche Siegel an die Thüren legen. Der Advokat des Grafen hat Einsprache gethan.

Marburg, d. 8. Juni. Die Mitglieder der hiesigen freien Gemeinde und die hiesigen Christkatholiken haben eine Petition um Gewissens- und Religionsfreiheit an die Landstände gerichtet; auch die Taufgesinnten wollen eine ähnliche Petition einreichen.

Dänemark.

Kopenhagen, d. 7. Juni. Binnen Kurzem wird ein russisches Dampfschiff hier eintreffen, welchem demnächst

eine aus 9 Linien Schiffen, 3 Fregatten und mehreren Briggs bestehende russische Flotte folgen wird.

Frankreich.

Paris, d. 10. Juni. Die von dem „Moniteur“ aus Portugal mitgetheilte Nachricht von der Gefangennahme des Das Antas scheint ganz ungegründet; die heute hier angekommenen Madrider Blätter vom 5. wissen nichts davon; einige derselben stellen sogar in Abrede, daß die spanische Interventionarmee die portugiesische Grenze überschritten und Valenza do Minho genommen habe.

Aus Algier wird gemeldet, daß der Prinz von Joinville mit seiner Escadre am 4. daselbst angekommen ist.

Spanien.

Madrid, d. 4. Juni. Wenn dieser Tage nach einem der hiesigen Blätter berichtet worden ist, die Minister hätten dem König im Pardo einen zweiten Besuch gemacht, in der Hoffnung, daß sie ihn bestimmen könnten, nach Madrid zurückzukehren und sich wenigstens zu dem Schein einer Versöhnung mit Isabellen herbeizulassen, so war diese Nachricht durchaus unbegründet. Was immer die Motive der Trennung des königlichen Paares sein mögen — und darüber sind mindestens fünfzig Gerüchte in Umlauf — die Minister halten sich nicht für verpflichtet, Don Francisco d'Assis gegenüber einen weiteren direkten Schritt zu thun. Ja es behaupten sogar Leute, die mit dem Hof in Verbindung stehen, ganz unbedenklich, Isabella habe es ihren Ministern ausdrücklich verboten, dem König in ihrem Namen irgendwelche neue Vorschläge zu machen. Man hofft jedoch, daß vor der Versammlung der Cortes etwas in dieser Angelegenheit geschehen wird, um in der Wahlkammer Interventionen zuvorzukommen, welche man bisher aus Rücksicht auf die delikate Natur des Gegenstandes absichtlich vermieden hat, die aber jetzt nicht mehr ausbleiben können, wenn nicht irgend ein Abkommen getroffen wird, durch welches sie unnöthig gemacht werden.

Der »Faro« enthielt gestern einen Brief aus London, nach dessen Inhalt es im Werk sein soll, unter den Auspizien der britischen Regierung die philippinischen Inseln als ein spanisches Vicekönigreich in die Hände Espartero's übergehen zu lassen. Der Verfasser des Briefs sagt, schon während der spanischen Regentschaft sei von diesem Projekt die Rede gewesen, und nur der Ausbruch der Revolution gegen Espartero's Autorität habe die Verwirklichung desselben verhindert. Der »Faro« giebt diese Neuigkeit, ohne irgend einer Thatfache zu gedenken, durch welche dieselbe für mehr als ein bloßes Gerücht angesehen werden kann.

Vermischtes.

— Hannover, d. 11. Juni. Seit dem 17. April sind hier 42 Stück Pferde nach geschener thierärztlicher Untersuchung getödtet und verzehrt worden. Am Tage vor Pfingsten wurden allein vier Pferde im Betrage von 2000 Pfund zerlegt und verkauft. Seit die freie Speisung sich vermindert, holen besonders die hiesigen Armen oft täglich gegen 1000 Pfund »saures Ragout«, das Pfund zu 8 Pf. Die Pferde werden durchschnittlich mit 5 bis 30 Ehlr. bezahlt, und kommen theils aus den Cavallerieställen, theils von Landleuten oder Fuhrleuten, die aus Mangel an Fournage die Thiere verkaufen, oder dieselben wegen Fehler am Fuße, absoluter Steifheit u. abgeben. Auch Blindheit, unheilbare Dittigkeit und nicht abzugewöhnendes Schlagen sind Ursache des Verkaufs der Pferde zur Tödtung. Das jüngste

der getödteten Pferde war fast zweijährig, das älteste hatte 11 Jahre. In den Gasthäusern, wo Ausspan gehalten wird, sind Anschlagzettel etablirt, auf denen für jeden Absezer, der irgend wohl genährt und gesund ist, der höchste Preis angeboten wird.

Getreidepreise.

(Nach Berliner Scheffel und Preuß. Seld.)
Magdeburg, den 14. Juni. (Nach Wispeln.)

Weizen	118	—	124	⁄	Gerste	—	—	—	⁄
Roggen	—	—	—	⁄	Hafer	—	—	—	⁄

Wasserstand der Saale bei Halle.

am 14. Juni Abends 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 3 Zoll.
am 15. Juni Morgens 6 Uhr am Unterpegel 5 Fuß 2 Zoll.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg

am 14. Juni: 40 Zoll unter 0.

Fremdenliste.

Angekommene Fremde vom 14. bis 15 Juni.

Im Kronprinzen: Frau Landrätin v. Jagow m. Fam. u. Dienersch. a. Pollitz. Hr. Prem.-Lieut. v. Bangerow a. Aschersleben. Hr. Major Hohen a. Schleswig. Hr. Rittergutsbes. v. Klöcker a. Nauden. Hr. Rentier Döning a. Dresden. Die Hrn. Kaufl. Friedheim a. Berlin, Feuerbach a. Frankfurt, Fischer a. Magdeburg, Emsmann a. Leipzig, Unne a. Erfurt, Grohmann a. Naumburg.

Stadt Zürich: Hr. Reg.-Baurath Haupt a. Merseburg. Hr. Dr. med. Schuchardt a. Düsseldorf. Hr. Architect Hinge a. Berlin. Hr. Dekon. Teubner a. Prag. Die Hrn. Kaufl. Ehlen a. Potsdam, Beschütz a. Berlin, Dinkelberg u. Meyer a. Magdeburg, Schiel a. Frankfurt, Wittfeld a. Aachen, Schifer a. Köln, Schlüter a. Hannover.

Goldnen Ring: Hr. Justiz-Commiff. Seeligmüller a. Gonnern. Hr. Amtm. Vorhauer a. Gatterstedt. Hr. Amtm. Seiberlich a. Wiendorf. Die Hrn. Kaufl. Franke a. Deidesheim, Reimann a. Leipzig, Goldammer a. Sondershausen.

Goldnen Löwen: Die Hrn. Kaufl. Täubner a. Leipzig, Gnausch a. Frankenberg, Kogler a. Schmiedeberg, Heine a. Berlin. Hr. Gutsbes. Standtal a. München. Hr. Pastor Schmidt a. Braun. Hr. Fabrik. Cronange a. Braunschweig.

Schwarzen Bär: Hr. Künstler Heinsius a. Hannover. Hr. Kaufm. Julien a. Aschaffenburg. Hr. Modelleur Körner a. Hof. Hr. Dekon. Schaller a. Sondershausen.

Stadt Hamburg: Hr. Ziegeleibes. Pape a. Lippe-Deilmold. Hr. Gutsbes. Hoffmeyer a. Grünstedt. Die Hrn. Kaufl. Mertens a. Klicewitz, Arnow a. Altona, Ronicke a. Erfurt, Stahlmann a. Berlin.

Goldne Kugel: Die Hrn. Kaufl. Kiesel a. Leipzig, Dittrich a. Halberstadt, John a. Weimar, Schreiber a. Würzburg. Hr. Fabrikbes. Werner a. Steinbach. Hr. Amtm. Schröder u. Hr. Gutsbes. Tergen a. Berlin. Hr. Gutsbes. Hartmann a. Brandenburg.

Zur Eisenbahn: Hr. Banquier Mezler m. Fam. a. Frankfurt. Hr. Baron v. Carrasch a. Petersburg. Die Hrn. Kaufl. Elner, Barge u. Lingner a. Weimar.

Fonds- und Geld-Cours.

Berlin, den 14. Juni

	Sf.	Brief.	Geld.	Sf.	Brief.	Geld.
St. Schuld-Sch.	3 1/2	—	92 1/2	Pomm. Pfndbr.	3 1/2	—
Sech. Präm.	—	95 2/3	95 1/6	R. u. Nm. do.	3 1/2	94 3/4
Scheine.	—	95 2/3	95 1/6	Schlesische do.	3 1/2	—
Kur- u. Neum.	—	—	—	do. Lt. B. ga-	3 1/2	—
Schuldversch.	3 1/2	90	—	rant. do.	3 1/2	—
Berliner Stadt-	—	—	—	—	—	—
Obligat.	3 1/2	93	—	—	—	—
Wstpr. Pfndbr.	3 1/2	—	93	Frdred'or.	—	137 1/2
Großh. Vof. do.	4	103 3/8	101 7/8	August'or.	—	127 1/2
do. do.	3 1/2	—	92 1/2	Gold al marc.	—	—
Dspr. Pfndbr.	3 1/2	—	96 1/4	Disconto	—	4
						5

Eisenbahn-Actien.

Kolleing.		Sf.	Rhein. Stm.		Sf.
Amsf. Nott.	4	94 G.	4	84 1/2 G.	—
Arn. Utr.	4 1/2	—	do. P. Dbl.	4	—
Brl. Anhalt.	4	110 a 111 b ₃ .	do. v. St. gar.	3 1/2	—
do. do. P. Dbl.	4	—	Sächs. Bair.	4	87 b ₃ .
Berl.-Hamb.	4	108 1/2 b ₃ u. B.	Sag.-Glog.	4	—
do. P. Dbl.	4 1/2	97 3/4 b ₃ .	do. P. Dbl.	4 1/3	—
Berl. Srettin.	4	108 1/2 b ₃ .	St.-Wohw.	4	—
Bonn.-Köln.	5	—	Thüringer.	4	94 B.
Bresl. Freib.	4	100 1/2 G.	W.-B. C.-O.	4	86 1/2 B.
do. do. P. Dbl.	4	—	Zarsf. Selo.	—	—
Cöth. Vernb.	4	—			
Cr. D. Schl.	4	76 1/4 B. 76 G.	Quittungs-		
Düss. Elberf.	4	—	Bogen.		
do. do. P. Dbl.	4	—	a 4 0/0		
Gloggnitz.	4	—			
Hmb. Bergd.	4	—			
Kiel-Alton.	4	108 1/2 G. 109 B.			
Leipz. Dresd.	4	—			
Magd. Hlft.	4	—			
Magd. Leipz.	4	—			
do. P. Dbl.	4	—			
N. Schl. Mf.	4	87 3/4 a 7/8 b ₃ .			
do. P. Dbl.	4	91 3/4 G.			
do. P. Dbl.	5	102 1/8 b ₃ .			
Nrb. R. Id.	4	—			
OSchl. Lt. A.	4	104 1/2 B.			
do. P. Dbl.	4	—			
do. Lt. B.	4	98 3/4 B.			
Potsd. Magd.	4	93 G.			
do. P. A. B.	4	—			
do. do.	5	101 3/4 B.			

(Schluß der Börse 3 Uhr.)

Leipzig, den 14. Juni.

Staatspapiere.	Ange-	Gesucht.	Staatspapiere.	Ange-	Gesucht.
	boten.		Actien excl. Zinsf.	boten.	
Königlich Sächsische Staats-Papier*)	—	90 3/4	R. R. Desir. Metall.	—	—
à 3 0/0 im 14 1/2 F.	—	—	pr. 150 fl. Conv.	—	—
von 1000 u. 500 1/2	—	—	à 5 0/0 lauf. Zinsen	—	—
kleinere	—	—	à 4 0/0 à 103 0/0 im	—	—
do. do. v. 500	99 3/4	—	à 3 0/0 14 1/2 F.	—	—
Königl. Sächs. Land-	—	—			
rentenbr. à 3 1/3 0/0	—	—			
im 14 1/2 F.	—	92			
von 1000 u. 500 1/2	—	—			
kleinere	—	—			
Königl. Pr. Steuer-	—	—			
Kredit-Kassensch.	—	—			
à 3 0/0 im 20 fl. F.	—	—			
von 1000 u. 500 1/2	88	—			
kleinere	—	—			
Leipz. Stadt- u. Obliz-	—	—			
gationen à 3 0/0 im	—	—			
14 1/2 F.	—	—			
von 1000 u. 500 1/2	90 1/2	—			
kleinere	—	—			
Sächs. erbl. Pfand-	—	—			
briefe à 3 1/3 0/0	—	—			
von 500	—	—			
von 100 u. 25	—	—			
S. laufiger Pfand-	—	—			
briefe à 3 0/0	—	—			
S. laufiger Pfand-	—	—			
briefe à 3 1/2 0/0	—	—			
Spz.=Dresd. Eisenb.	—	—			
P.=Dbl. à 3 1/2 0/0	104 3/4	—			
R. Pr. St. Schuldsch.	—	—			
à 3 1/2 0/0 in Pr. Ct.	—	—			
pr. 100	—	92 3/4			
Hamb. Feuerf.=Anl.	—	—			
à 3 1/2 0/0 (300 Mk.	—	—			
Wco.=150 1/2)	—	—			

*) d. h. Steuer-Kredit- und Staats-Schulden-Kassenscheine.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nachts vom 21. 22. v. M. sind aus dem Rittergutsgelände zu Teutschenthal die nachstehend verzeichneten Gegenstände durch Einsteigen mittels einer Leiter gestohlen worden. Wir bringen dies mit der Aufforderung zur Herbeischaffung der gestohlenen Sachen und Ermittlung der Diebe, sowie mit der Anzeige zu öffentlicher Kenntniß, daß der Bestohlene demjenigen, welcher die Diebe so anzeigt, daß sie zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden können, eine Belohnung von 50 Thlr. zusichert.

Halle, den 10. Juni 1847.

Das Königl. Inquisitoriat.

Verzeichniß.

- 1) 3 Scheffel weißes Weizenmehl;
- 2) ein Säetuch, bezeichnet mit rothem Garn: »Saar-Tuch Nr. 3.«;
- 3) ein Sack, blaustreifig, von Drell, gezeichnet: »Rittergut Teutschenthal Bartels«;
- 4) 71 Stück selbstgekochte Seife, in vier-eckige Stücke geschnitten;
- 5) ungefähr 1/2 Scheffel Hafer;
- 6) ein noch gutes Deckbette von grauem Drell, ohne Abzeichen, mit einem Ueberzug, roth und weiß karriert, von baumwollenem Zeuge, mit leinenem Unterblatte;
- 7) ein Kopfkissen von grauem Drell und gleichem Ueberzuge wie ad 6;
- 8) ein gutes Unterbette von blau- und weißgestreiftem Drell, ohne Zeichen;
- 9) 2 Stück Deckbett-Ueberzüge von hellgrauem leinenen Zeuge, mit blaukarrierten Streifen, mit einem B. gezeichnet durch eingesticktes blaues Garn;
- 10) 2 Stück Kopfkissenzüge von derselben Beschaffenheit, mit B. bezeichnet.

Rathskeller-Verpachtung.

Die Rathskeller- und Gastwirthschaft im hiesigen neuen Rathhause, die Pflastergeländer-Erhebung und die Rathswaage, sollen den 5. Juli d. J. Vormittags 10 Uhr an den Meistbietenden auf 6 Jahre, von Michaelis 1847 bis dahin 1853 in unserer Sessionsstube verpachtet werden.

Die Bedingungen liegen bei uns zur Einsicht bereit.

3 Örbig, den 11. Juni 1847.

Der Magistrat.

Die diesjährige Obstnutzung in dem zum Rittergute Freienfelde gehörigen Theile des Hohenweidenschen Holzes soll Freitag den 18. Juni Nachmittags 3 Uhr in der Schenke zu Planena öffentlich

verpachtet werden. Nachgebote werden nicht angenommen.

Halle, den 12. Juni 1847.

Der Magistrat.

Ritterguts-Verkauf.

Das den Herren Karl Theodor, Karl Otto und Karl Reinhold Gebrüder Esche zugehörige, im Saal-Eisenberger Kreise des Herzogthums Sachsen-Altenburg, höchst romantisch gelegene, von Kahla, Jena und Roda 1 1/2 St., von Neustadt a. d. D. 3 St., von Weimar 5 St. und vom Anhaltepunkt der Thüringischen Eisenbahn bei Apolda 4 St. entfernte, Mannlehnrittergut

Schiebelau

soll erbregulirungshalber nebst Allodien und einem vollständigen lebenden und todtten Inventarium

Dienstag den 29. Juni d. J.

von Vormittags 11 Uhr an durch den Unterzeichneten im Wege des Meistgebots, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, verkauft werden. Es gehören dazu circa 4 Acker Gärten, 25 Acker Wiesen, 140 Acker Felder, 182 Acker Holz, 20 Acker Lehen resp. Obstplantagen u. den Acker zu 200 zehnelligen Quadrat-ruthen gerechnet.

Das Nähere ist aus den bei den Herren Gebrüder Esche zu Schiebelau, so wie bei dem Unterzeichneten ausliegenden Verkaufsbedingungen ersichtlich, von welchen der Letztere gegen Erstattung der Kopialien und Portoverläge auf Verlangen Abschrift ertheilt.

Kauflustige werden ersucht, sich am gedachten Tage auf dem Rittergute Schiebelau einzufinden und ihre Gebote bis Mittag 1 Uhr anzubringen.

Altenburg, d. 1. Mai 1847.

Hofadvokat Carl Hempel.

Bekanntmachung.

In Acken an der Elbe, bei dem Gastwirth Herrn Fritsch im »Berliner Hof«, sollen 112 Mutterchafe, 56 alte Hammel, 36 Erstlingszibben, 30 Erstlingshammel, 30 Jährlingszibben, 36 Jährlingshammel und 100 Lämmer, sowie auch 3 Kühe und 2 Zuchtsauen, im Einzelnen gegen baare Zahlung meistbietend verkauft werden, wozu ich einen Termin **Dienstag den 29. d. M. Mittags 1 Uhr** ansetzt habe und Kauflustige hierdurch einlade. Acken, den 10. Juni 1847.

Der Schaafmeister Leue.

2000 Thlr. werden gegen sichere Hypothek zu Michaeli — ohne Unterhändler — gesucht. Nähere Auskunft: Promenaden- und Ulrichsstraßen-Ecke Nr. 36, zwei Treppen hoch.

In hiesiger Gegend sind zu verkaufen: Ein Landgut mit 350 Morg. Land und Wiesen nahe bei einer lebhaften Stadt. Forderung 25,000 Thlr. mit 10,000 Thlr. Anzahlung.

Ein Rittergut mit 280 Acker Land und Wiesen, 4 Gärten, Jagd und Fischerei, ungezählter Schäferei nebst baaren Einnahmen von wenigstens 150 Thlr., wird verkauft mit Schiff und Geschirr. Forderung 38,000 Thlr. mit der Hälfte Anzahlung.

Ein Rittergut mit 174 Morg. Land und Wiesen, Rapps- und Weizenboden, wird verkauft mit Schiff und Geschirr. Forderung 18,000 Thlr. mit 5000 Thlr. Anzahlung.

Ein Rittergut mit 8 1/2 Hufen Land, 1 Hufe Wiesen, 180 Acker Holz, 3 Acker Gärten, Jagd und Fischerei, wenigstens 1000 Thlr. werth, nebst 1000—1500 Thlr. baarer Einnahmen außer Zinsen und Lehen, ungezählte Schäferei, soll wegen hohen Alters und größerer Schwächlichkeit des Eigenthümers schleunigst mit Schiff und Geschirr zu 40,000 Thlr. verkauft werden.

Eine Bierbrauerei auf dem Lande nebst Materialhandel und 22 Acker Land, soll schleunigst verkauft oder verpachtet werden.

Außerdem sind mehrere kleinere Güter zu verkaufen, wie auch Gasthöfe, Mühlen und Materialhandlungen.

Gasthöfe, Mühlen und Materialhandlungen sind jedoch auch zu verpachten.

Verwalter, wie auch Mademoisellen suchen zu Johannis oder Michaelis d. J. Stellen. Desgleichen ein Gärtner und ein Rechnungsführer.

Näheres durch das Geschäftsbüreau von F. Reisenberg zu Kelbra bei Rossla.

Verkaufs-Anzeige.

Das auf der süd-östlichen Seite der Stadt Nordhausen, zu gesellschaftlichen Vergnügungen sehr angenehm gelegene, der Schützen-Compagnie daselbst gehörige, in sehr gutem baulichen Zustande befindliche Schützenhaus, mit Nebengebäuden, Schießgräben, Garten, Gras- und Obstnutzungen, Regelpfad und sonstigen Zubehörungen, soll öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Dazu ist der

30. Juni 1847 Morgens 10 Uhr im Locale des Schützenhauses angesetzt und werden Kauflustige eingeladen.

Die Verkaufsbedingungen werden vor Beginn der Licitation bekannt gemacht, können aber auch schon vorher sowohl beim Justiz-Rath Maximilian als beim Schützenhauptmann E. Spangenberg zu Nordhausen zu jeder Zeit eingesehen werden.

Obst-Verpachtung.

Der diesjährige Ertrag an Äpfeln, Birnen, Pflaumen und welschen Nüssen bei dem Rittergute Goseck soll

**Freitag den 2. Juli d. J.
Vormittags 10 Uhr**

in der Gerichtsstube daselbst unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden. Die Hälfte des Pachtgeldes muß sofort nach dem Zuschlage angezahlt werden.

Verkauf.

Auf den 27. Juni d. J. Nachmittags 2 Uhr sollen die diesjährigen Pflaumen mit etwas Hartobst auf der Kleinjenaischen Commun unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend gegen baare Bezahlung in der hiesigen Schenke verkauft werden.

Es wird bemerkt, daß die Pflaumen von ganz besonderer Qualität sind.

Kleinjena bei Naumburg,
den 13. Juni 1847.

Der Ortsrichter Hofmann.

Ein Gut, 2 Stunden von Halle, mit 15 Wispel Ausfaat, 16 Morgen Wiese und Garten, 5 Pferden, 19 Stück Rindvieh und 160 Stück Schafen, soll wie es steht und liegt und mit der Hälfte Anzahlung ohne Unterhändler verkauft werden. Der Acker ist größtentheils Raps- und Weizenboden, die Gebäude sind in gutem Zustande und die Forderung dafür ist 23.000 Thlr. Das Nähere in Nr. 2105 auf dem Strohhofe.

Die diesjährige Obstnutzung des Rittergutes Neßschau bei Lauchstädt an Äpfeln, Birnen, Pflaumen und Sauerkirschen soll daselbst Dienstag den 22. Juni d. J. Vormittags 10 Uhr unter den im Termine bekannt zu machenden Bedingungen meistbietend verpachtet werden.

Gutsverkauf nebst Schmiedegerechtigkeit.

Das dem Schmiedemeister Hoffmann in Piethen zugehörige Gossathengut, bestehend aus Haus- und Wirthschaftsgebäuden, Garten und 12 Morgen Freiacker, bin ich beauftragt,

Sonntag den 20. Juni Nachmittags um 2 Uhr

im Gasthose zu Piethen öffentlich meistbietend zu verkaufen, wozu ich Kaufliebhaber mit dem Bemerkten einlade, daß die Bedingungen im Termine selbst zur Einsicht bereit liegen.

Göthen, den 6. Juni 1847.

J. Wendler, Scribent.

Hausverkauf.

Ich bin gesonnen, mein alhier dicht am Markt, Rathhausgasse Nr. 253, belegenes Wohnhaus zu verkaufen. Dasselbe besteht in einem massiven Vordergebäude, einer dergl. Niederlage, nicht unbedeutenden Seiten- und Hintergebäuden, und enthält: 1 Saal, 16 zum Theil herrschaftliche Zimmer nebst Zubehör, großen Hof, Boden- und Kellerraum. Das Grundstück ist von ausgezeichnet guter Bauart und in einem sehr guten baulichen Stande. Kaufliebhaber können dasselbe jederzeit in Augenschein nehmen.

A. S. Fiensch.

Sehr beachtungswerth

sind die gegenwärtig hier beim Schießgraben ausgestellten panoramischen Darstellungen, und verdienen mit Recht einen zahlreichen Besuch. In zwölf Abtheilungen sieht man theils in neuester Zeit vorgefallene Begebenheiten, theils interessante historische Scenen der Vergangenheit. Die gut aufgefaßte Wahl der Gegenstände, correcte Zeichnung und eine lebhaft naturgetreue Farbengebung befriedigen sowohl den Kenner, als auch den blos Schaulustigen. Vorzüglich ausgezeichnet und effectvoll ist »der Tod des Herzogs von Orleans« und »die Glockenstube des Nikolaithurmes zu Hamburg.« Selten findet man in einer Bude so geschmackvolle und gute Sachen. Diefeshalb lasse Niemand diesen wohlmeinenden Wink unbenützt. R. * Z.

Ein Dekonomie-Gehöfte in einer kleinen Stadt, bestehend in massivem Wohnhaus, worin 4 Stuben, Kammern, Küche u. s. w., Scheune, mehrere Ställe, Garten und Hofraum, welches sich zum Produktenhandel und zu jedem andern Geschäft eignet, ist sofort für 1500 Thlr. mit der Hälfte Anzahlung zu verkaufen; auch können circa 30 Scheffel Ausfaat Feld und eine Wiese dazu gekauft werden. Alles Nähere durch J. G. Fiedler in Halle, kl. Steinstraße Nr. 209.



Sonnenschirme, Promeneurs und Marquisen im neuesten Geschmack zu Fabrikpreisen bei

C. G. Stracke,
Kleinschmieden am Markt,
Nr. 943.

Eine tüchtige Landwirthschafterin, die schon seit mehreren Jahren selbstständig der Herrschaft zur größten Zufriedenheit gewirthschaftet hat, sucht als solche bis zum 1. k. M. eine Stelle. Offerten bittet man unter der Ziffer B. B. in der Expedition des Couriers abzugeben.

Rindvieh-Verkauf.

Ein 1 $\frac{1}{2}$ jähriger Bulle (Schwarzschäde) und zwei 1 $\frac{1}{4}$ jährige Fersen (Schwarzschäden) stehen zum Verkauf in Schlettau bei Löbejün, Nr. 29.

Auf dem Rittergute Gösig können 3 Ziegelstreicher, welche ihre Sache gründlich verstehen, sofort in Arbeit treten. Die darauf Reflectirenden haben sich bei dem Ziegelei-Inspektor Schade zu melden.

Gewisser Verhältnisse halber steht ein ganz neues, noch nicht gespieltes Pianoforte, von Mahagoni und mit Metallplatte, unterm Werthe zum Verkauf. Nachricht in Nr. 1656, Leipziger Straße.

Ein Mann in gesetzten Jahren sucht als Hausmann, Bote u. s. w. ein Unterkommen; die Frau, welche tüchtige Köchin ist, kann zugleich der Herrschaft mit beistehen. Alles Nähere durch J. G. Fiedler, kleine Steinstraße.

Von einem Gute in der Nähe der Stadt können noch 60—80 Quart Milch täglich abgelassen werden, welche dem Empfänger frei ins Haus geliefert werden. Reflectirende mögen das Nähere bei Herrn Gastwirth Zumpe im goldenen Herz erfragen.

Guts-Verkauf.

Ein Vollspännergut im Dessauischen, mit circa 6 Wispel Ausfaat Acker und schönen Auenwiesen, soll eiligst Familienverhältnisse halber für 4800 Thlr. mit circa der Hälfte Anzahlung verkauft und sofort übergeben werden. Näheres ertheilt der Dekonom G. Kössler in Halle, Leipzigerstraße Nr. 313.

Obstpacht. Montag den 21. Juni früh 9 Uhr verpachte ich mein Obst in meiner Plantage an der Saale bei Plana in meinem Hause Dieskau meistbietend.
v. Hoffmann.

Zwei eiserne Kochöfen mit Umfassungsofen stehen zu verkaufen an der Promenade Nr. 1471.

Vom 1. October an ist eine Wohnung von 2 bis 3 Stuben nebst Zubehör, mit oder auch ohne Pferdestall, zu vermieten: große Steinstraße Nr. 130.
Wwe. Scheibner.

Gesundes und auf der englischen Darre gut gedarrtes Malz hat zu verkaufen im Gasthof zum rothen Kopf (Leipz. Straße)
H. Pätzold.

So eben ist erschienen:
Mittelhochdeutsches Wörterbuch

aus dem Nachlasse

von
Georg Friedrich Benecke
 herausgegeben und bearbeitet

von
Dr. Wilhelm Müller,
 a. o. Professor in Göttingen.
 Erster Band, erste Lieferung.
 Bogen 1—16. A—BRISTE.
 Lexicon-Octav. geheftet. Preis:
 1 Thlr. 10 Ngr.

Ein umfassendes mittelhochdeutsches Wörterbuch, welches dem jetzigen Standpunkte der deutschen Sprachforschung entspricht, hat sich schon lange als ein dringendes Bedürfniss herausgestellt, und insbesondere ist die endliche Veröffentlichung des seit vielen Jahren von Benecke unternommenen Wörterbuchs wiederholt gewünscht. Indem ich hiermit das erste Heft dieses Werkes, das der Verstorbene nicht vollenden sollte, dem Publikum übergebe, mache ich vorläufig nur darauf aufmerksam, dass seine Haupttendenz ist das Verhältniss der mittelhochdeutschen Schriftsteller zu erleichtern und somit einem Jeden als Hilfsmittel für das Studium der deutschen Sprache zu dienen. Ueber das Verhältniss meiner Arbeit zu der von Benecke bemerke ich, dass sie hauptsächlich darin bestand, das noch nicht vollendete dem Plane des Verewigten gemäss auszuführen, auf der andern Seite aber aus eigenen Sammlungen das noch fehlende zu ergänzen. Ausführlicher werde ich darüber in der Vorrede sprechen. — Ein alphabetisches Verzeichniss aller angeführten und erklärten Wörter wird am Schlusse beigegeben werden: vorläufig ist in den nöthigen Fällen schon in dem Wörterbuche selbst verwiesen.

Göttingen, im April 1847.

W. Müller.

Der Umfang des ganzen Werkes ist auf etwa 90 Bogen berechnet, welche, in 2 Bände getheilt, in Lieferungen von 16 Bogen ausgegeben werden.

Der Preis einer solchen Lieferung ist auf 1 Thlr. 10 Ngr. bestimmt.

Eine kleine Anzahl Exemplare sind auf Schreibpapier gedruckt, welche zu dem Preise von 2 Thlr. zu haben sind.

Leipzig, im April 1847.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Bernsteinlack, Copallack, in Firnis abgeriebenes Bleiweiß und russischen Leim empfiehlt in bester Qualität

E. L. Helm, große Steinstraße.

Bei **H. Kirchner** in Leipzig ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu erhalten:

Protest-Brief

an

**Se. Excellenz
 den Herrn Minister Eichhorn.**

Von

einem protestantischen Kirchenvorsteher
 (G. Schwetschke in Halle).

Preis 1½ Sgr.

Ein Hausknecht mit guten Attesten findet sogleich einen Dienst beim Kaufmann Fürstenberg.

Drei Fohlen, 4-, 3- und 2-jährig, stehen im Werther'schen Gehöfte vor dem Schifferthore zum Verkauf.

Ein junger Hund, weiß und gelb gefleckt, mit Leder-Halsband und Ring, ist zugelaufen Leipziger Vorstadt Nr. 1568.

Kaffee-Service u. Kuchenkörbe
 empfehlen in neuer Auswahl
Spieß & Schober.

Langes Roggenstroh ist zu verkaufen am alten Markt Nr. 549.

Fetten geräucherten Rheinflachs empfing
 C. H. Risel.

Gesucht

wird zum 1. Juli d. J. ein gewandter, gut empfohlener Bursche auf der Pfarre zu Stenden bei Schaffstedt.

Trotha, bei Herrn Preis.
 Heute, sowie jede Mittwoch Garten-Concert von der Familie Drechsler.

Feldschlößchen.
 Heute, Mittwoch, Concert.
 Vereinigtes Musikchor.

Bad Wittekind.
 Mittwoch den 16. Juni großes Militair-Concert von dem Musikchor des Füsilier-Bataillons.

Restauration Schenkenditz.
 Alle Donnerstage Gesellschaftstag und Garten-Concert.

Bei meiner Abreise von hier nach London sage ich allen Freundinnen und Bekannten ein herzliches Lebewohl.
 Clara Haubenstock, geb. Eohn.

Gänzlicher Ausverkauf.

Der Ausverkauf meines Schnittwaaren-Lagers besteht fort und werden sämtliche Waaren zu auffallend billigen Preisen verkauft.

Michael Preuß, Rathhausecke.

Zugleich sehe ich ein hiesiges und auswärtiges geehrtes Publikum in Kenntniß, daß das Watten-Geschäft eigener Fabrik, kleiner Berlin Nr. 414, früher unter der Firma G. Jonson, fortbesteht, und stelle ich bei dem schwersten Gewichte die allerbilligsten Preise.
Michael Preuß, kl. Berlin Nr. 414 und Rathhausecke.

Die Arbeiten des Damensattels nebst dem Reitzeuge der Wette,

welche Herr Sattlermeister Finke zu Magdeburg mit mir einzugehen angenommen hat, sind bereits unter der Controlle 8 hiesiger sehr achtbarer Bürger von mir angefangen worden, weshalb ich ein hohes Publikum hierdurch ganz ergebenst einlade, sich selbst von der Wahrheit meiner eigenthümlichen Arbeit, welche mir von vielen Sachverständigen unserer Provinz so sehr bestritten worden, zu überzeugen; Jeder, der sich dafür interessirt, wird mir auf das Freundlichste willkommen sein.

Der Sattel- und Reitzzeug-Werfertiger **Fr. Lange**, gr. Ulrichsstraße Nr. 66.

Gebauer'sche Buchdruckerei.